

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Beifigeb., bei Befüllung unter Kreuzband M. 1,40.

Anzeigen die dreigekennzeichnete Zeitungs oder deren Name M. 15.— Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Bremmerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Eine Tendenz-Lüge der sogenannten Ordnungsparteien. — Wirtschaftlich-soziale Kündigung. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Zur Lebenshaltung der deutschen Maurer. Ein brutaler Gewaltstreich. — Situationsbericht. — Eingesandt. — Gerichts-Chronik. — Literarisch. — Briefkasten.

Diese Erklärung entspricht durchaus den offenkundigen Thatsachen, die ja vom Mittelstande, besonders von den Handwerkern, selbst anerkannt und lebhaft erörtert werden. Unsere Gegner hätten sich deshalb auch wohl, auf sie einzugehen. Denn mit Erfolg absingen können sie Thatsachen, über die jeder Kleinbürger und Bauer sich selbst Nachgeschäft geben kann nach Maßgabe der täglichen Erfahrung, nicht. Sie umgehen also die sozialdemokratische Programmklärung und sitzen in der unverschämtesten Weise, die Sozialdemokratie sei „bestrebt“, den Mittelstand zu „vernichten“.

Mit Stolz darf die Sozialdemokratie von sich sagen, daß sie nicht die infame Politik der Täuschung übt; sie sieht eine ihrer hauptsächlichsten Aufgaben darin, den Volksmassen — Lohnarbeitern, Kleinbürgern und Bauern — die ökonomischen und sozialen Verhältnisse so, wie sie wirklich sind, zur Kenntnis zu bringen und zu verhüten, daß diese Kreise von den Vertretern der bestehenden „Ordnung“ durch befreite Vorstellungen veranlaßt werden, sich trügerischen Hoffnungen hinzugeben, deren Erfüllung nie und nimmer möglich ist.

Gegenüber der immer mächtiger aufwärts strebenden kapitalistischen Großwirtschaft befinden sich die versinkenden Mittelschichten in einer verzweiflungsvollen Lage; die Besitzübermacht vernichtet sicher und immer schneller das Handwerk, das kleine Bauernthum. Wer da behauptet, daß es Mittel giebt, diese Volkskreise vor der Vernichtung durch die Besitzübermacht zu schützen, der ist ein Thor oder ein Schwindler. Nach den Gesetzen der ökonomischen Entwicklung ist es unmöglich, die Mittelschichten zu erhalten. Mit Rücksichten vollzieht sich die Proletarisierung des Kleinhandwerks, während der bürgerlichen Besitz immer mehr vom Großgrundbesitz aufgesogen wird. Seit Jahrzehnten beschäftigt diese Entwicklung unser Staatsleute und ihre Bundesgenossen aus den herrschenden Parteien; unausgekehrt diskutieren sie die Frage, wie da zu helfen sei. Aber nichts, rein garnichts haben sie zu unternehmen vermocht, im Interesse des Mittelstandes dem ökonomischen Entwicklungsgange entgegenzuwirken. Mit den Maßregeln, die sie zu Gunsten des Handwerks ergriffen (Sinnungen etc.) haben sie gründlich Fiasko gemacht. Und wie sie dem Bauer helfen wollen, darüber sind sie sich „noch nicht klar“ und werden sie auch niemals zur Klarheit gelangen.

Bei all ihrer vorgeblichen „Rettungsarbeit“ für den Mittelstand sind die „machgebenden“ Kreise und

reactionären Parteien lediglich geleitet von der Furcht vor der Sozialdemokratie, welche durch das riesenhafte Schwellen des Proletariats, in Verbindung mit dem Katastrophum des Klasseneinschlusses, eine immer größere Macht gewinnt. Man möchte verhüten, daß Handwerker und Bauern zu der Überzeugung gelangen, es könne ihnen im Klassenstaate unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht geholfen werden, und daß sie demnach zur Sozialdemokratie sich bekennen. Deshalb nimmt man „sich ihrer an“ — allerdings nur mit schönen Phrasen, Versprechungen und zwecklosen Experimenten.

Die, welche sich davon befreien lassen, sterben über das Erwarten der verheissen „Hilfe“ hinweg, ohne etwas davon verfügt zu haben. Und mit Denen, die nach ihnen kommen, als die letzten Trümmer des Mittelstandes, wird man dasselbe Spiel zu treiben versuchen — bis die Scheidung der Gesellschaft in zwei Klassen sich vollständig vollzogen hat: auf der des Großkapitals und der Großindustrie einen Seite die kleine Klasse der Besitzenden, die über alle Produktionsmittel verfügt, auf der anderen Seite die ungeheure Mehrheit des Volkes als besitzloses Proletariat.

Wenn sich Kleinbürger und Bauern doch nur klar machen wollten, daß der moderne Klassenstaat nichts Anderes ist, als die Interessenvertretung der Besitzübermacht, wie sie im Großkapitalismus — bei auch den Großgrundbesitz in sich begreift — so deutlich zum Ausbruch kommt! Um die Hoffnungen und Forderungen des Mittelstandes, speziell der Handwerker und Bauern, zu erfüllen, um diesen Stand wieder zu Dem zu machen, was er früher (unter ganz anderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen) war, müßte der Staat im Stande sein, der großkapitalistischen Wirtschaft in Industrie und Landwirtschaft ein Ende zu machen. Das kann aber der Staat aus zwei Gründen nicht: einmal liegt eine solche Rückwärts-Entwicklung nicht in seiner Macht, weil er es in der bestehenden Wirtschaftsordnung mit einer nothwendigen Konsequenz der Vorwärts-Entwicklung zu thun hat und durch ein willkürliches Preisgeben der selben zwecks Abschaffung die ganze Kultur in Frage gestellt werden würde; sobald aber kann dieser Klassenstaat mit seinem Militarismus nicht einen Tag bestehen, ohne seine Grundlage, den Kapitalismus. Der moderne Staat ist Alles in Allem eine großkapitalistische „Gründung“, in welcher die Gespenster der mittelalterlichen Ordnung (Sinnungen etc.), die man gilt, um den Kleinbürger zu befreien vor dem Übergang in's sozialdemokratische Lager, sich gar selbstamtlich ausnehmen. Während die Regierungen und herrschenden Parteien alles Mögliche thun, ihrer Aufgabe als Interessenvertretungen der Besitzübermacht zu genügen, die großkapitalistische Entwicklung in jeder Weise zu fördern, glauben sie den Mittelstand „zufrieden“ stellen zu können mit der Sicherung, daß sie für „sein Bestes“ besorgt seien, und mit Experimenten, die den Handwerkern und Bauern ihren „guten Willen“ in dieser Richtung beweisen sollen. Die Regierungen sind mit den konservativen Parteien einig darin, daß der Großgrundbesitz, durchaus nach kapitalistischer Tendenz bewirtschaftet, erhalten und in seiner Entwicklung unterstützt werden müsse. Das ist gleichbedeutend mit dem stillschweigenden Eingeständniß, daß es auf die Erhaltung eines Bauernstandes garnicht ankommt. Es ist statistisch nachweisbar, wie dieser Stand gegenüber der Entwicklung des Großgrundbesitzes und der landwirtschaftlichen Großproduktion nicht behaupten kann, wie er durch die Konkurrenz der Besitzübermacht zu Grunde gerichtet wird; man „heilt“ mit ihm gründlich, aber so, daß er selbst nichts behält und verschwindet. Nichtsdestoweniger spielen sich die Vertreter dieser Interessentrichtung in den Regierungen, in den Parlamenten und im öffentlichen Leben als die „Helfer“ und „Retter“ des Bauernstandes auf!

Ebenso unterlassen die Regierungen im Bunde mit der Groß-Bourgeoisie, welche das industrielle und kommerzielle Gebiet beherrscht, nichts, was dazu beitragen kann, die Herrschaft der Besitzübermacht zu befestigen und auszudehnen. Denn diese Herrschaft geht völlig auf in der Herrschaft des modernen Klassenstaates. Offen und frei erklärte vor einiger Zeit der Staatssekretär v. Bötticher im Reichstage: Der Staat müsse unter Anerkennung der kapitalistischen Entwicklungsbemühungen die Bestrebungen

Eine Tendenz-Lüge der sogenannten „Ordnungsparteien“.

Die sogenannten „staatserhaltenden“ Parteien, in erster Linie die Konservative, sind bekanntlich um Alles nicht verlegen, wenn sich's für sie darum handelt, gegen die Sozialdemokratie zu heben. Bei dieser Hefe haben sie es hauptsächlich darauf abgesehen, den unter der kapitalistischen Wirtschaft mehr und mehr zerfallenden Mittelstand, die Handwerker, Bauern etc., an sich zu fesseln. Sie versprechen diesem Stande Hilfe über Hilfe und versichern, ihn „rettet“ und wieder in glückliche Verhältnisse bringen zu können. Dem Handwerk wollen sie den früheren „goldenem Waben“ wieder erringen und dem Bauers „Wohlfahrt und Zufriedenheit“ wollen sie herstellen, daß, wie mal ein konservativer Parlamentarier meinte, „die Eligen im Himmel ihre helle Freude daran haben sollen“.

Natürlich, eine Lübe ist der anderen wertl., — und so verlangen denn diese Volksbegleiter, daß „Bruder Bauer und Handwerker“ sich mit ihnen verbünden, die „umstürzlerische“ Sozialdemokratie zu bekämpfen. Um diesem Verlangen gehörigen Nachdruck zu geben, behaupten sie: Die Sozialdemokratie habe es auf die gänzliche Vernichtung des Mittelstandes „abgesehen“, sie sei eine „geschworene Feindin“ des Handwerker- und Bauernstandes und deshalb dürfe kein Handwerker und kein Bauer mit ihr zusammengehen.

Das ist eine der dümmsten Tendenz-Lügen, welche die „Ordnungsparteien“ erfunden hat, um den Mittelstand ihren selbststüchtigen Zwecken dienstbar zu machen. Die Wahrheit ist, daß wir die unter unseren Augen sich vollziehende, vom Kapitalismus bewirkte Auflösung des Mittelstandes zu erklären ver suchen, ihre Ursachen darlegen und unsere Schlüsse daraus ziehen. Alle die sogenannten staatserhaltenden Parteien ohne Unterschied belügen und betrügen den Mittelstand, die kleinen selbstständigen Gewerbetreibenden und die Bauern, wenn sie ihnen sagen, daß sie berufen, fähig und ernstlich gewillt seien, diesen Stand zu „erhalten“ und ihn wieder „lebensfähig“ zu machen.

Die Stellung unserer Partei zum Mittelstand ist klar und deutlich ausgedrückt in den zwei ersten Absätzen des sozialdemokratischen Programms, welche lauten:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zu einem Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigenthum, des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen beschlossenen Proletarier, indem die Produktionsmittel das Monopol einer vergnüglichen kleinen Zahl von Kapitalisten und Großtun und Besitzer werden.“

Hand-in-Hand mit dieser Monopoliierung der Produktionsmittel geht die Verderbung der zerstütteten kleinen Betriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesengroßes Wohlthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Über alle Vorhelle dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopoliert. Für das Proletariat und die verständigten Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie nachste Zunahme der Un Sicherheit ihres Existenzs, die Elends, des Drucks, der Fleckung, der Entledigung, der Ausbeutung.“

fördern. Allerdings, das muß der Klassenstaat, den der Großkapitalismus sich gebildet hat, wie er ihn braucht, — das muß er, wenn er sich nicht selbst freigeben will.

Wer alles das berücksichtigt und im Uebrigen eines gesunden Urtheils fähig ist, der wird nur mitleidig dazu lächeln können, wenn dieselben Regierungen und dieselben privilegierten Klassen dem Handwerkerstande „Hilfe“ zusichern gegen die kapitalistische Wirtschaft. Eine ärgerliche Kombination des Widerspruchs ist kaum denkbar!

Unaufhaltsam, vor Aller Augen, vollzieht sich der Untergang des Mittelstandes, die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft. klar liegen für jeden, der sehen kann und will, die Ursachen zu Tage. Und das ist das „Verbrechen“ der Sozialdemokratie, daß sie diese Ursachen rücksichtslos aufdeckt, zugleich auch die unvermeidlichen Wirkungen zur Erkenntnis bringt, und auf diese Weise das System der Täuschung, das die „staatsverhaltenden“ Parteien am Mittelstande üben, zerstört. Das ist die „geschworene Feindschaft“ gegen Handwerker und Bauern, daß wir ihnen die Wahrheit sagen und sie warnen, sich in trügerische Hoffnungen einzulassen und als Hülfsgruppen der reaktionären Parteien missbrauchen zu lassen gegen das Gemeinschaftsinteresse der ehrlichen Arbeit.

Handwerker und Bauern gehören zu den arbeitenden Klasse und sie haben mit dieser nur ein Interesse: die Beseitigung jeglicher Besitzherrschaft, die Überwindung der privatkapitalistischen Produktion, an deren Stelle die herzogsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit treten muß, welche über das Kapital als brennendes Arbeitinstrument verfügt und jedem die Früchte seiner Arbeit und damit erst ein den Prinzipien menschlicher Gerechtigkeit entsprechendes Privateigentum sichert.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* **Folgen der heutigen Bauproduktion.** In Straßburg fand in der letzten Oktoberwoche der erste Bauertag statt, und zwar handelt es sich um einen dreißigjährigen Neubau, der bereits unter Dach war. Die „Straßb. M. Nach.“ schreiben dazu: „Über die Mauerer dieses Gebäudes und eine Theile des dazu verwendeten Materials hat schon Mancher den Kopf geschüttelt.“ Aber den Eintritt einer Katastrophe hat doch wohl Niemand erwartet. Dieselbe erfolgte vorgestern Nachmittags gegen 4 Uhr. Es wußt uns darüber folgendes mitgetheilt: Im unteren Theile des Gebäudes waren Ofen geöffnet; da machte sich oben ein sonderbares Geräusch, bemerkbar, was dem gerade anwesenden Unternehmer verdächtig genug vorkam, um die Arbeiter zum sofortigen Verlassen des Hauses zu veranlassen. Bald nachher brachte es im oberen Theile, das Dach wankte und — prasselnd fiel auf einmal das Gebäude, ungefähr von der Höhe bis zum dritten Stock, der stehen geblieben ist, in sich zusammen. Ob's hierbei bleibet, oder ob nicht späthlich noch das Gebäude ganz einzumündet, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlicher ist ein weiterer Zulammbrauch, da von der stehengebliebenen Hälfte Dach und Bauernstellenweise jetzt hängen, es sei denn, daß, wie es eigentlich geboten ist, sofort Hand angelegt wird, den Bau einzurichten. Die Baufirma und der Platz um dieselbe ist vorläufig politisch gesperrt worden.“ — Unter Berichterstatter fügt dieser Meldung hinzu: Der Unternehmer wußt ganz gut, wie es mit „seinem“ Bau stand. Schon einige Tage vor dem Einführung, als die Einschaltung an den Fenster- und Thürebogen entfernt wurde, stürzten die Bogen zusammen und sonderte durch und die Fassade hatte schon bedenkliche Risse erhalten. Stellenweise waren die Risse ausgebessert und bereappt. Anstatt, daß die Arbeit an dem Bau überhaupt eingestellt wurde, wurde die schleunige Herstellung desselben betrieben. Aber so steht es heutzutage, die Arbeit wird so billig als möglich übernommen und schlechtes Material benutzt. Um gedenklichen Deutung nennt man so etwas Betrug, bei den Herren Unternehmern heißt es aber „Geschäftspraxis“.

* **Zur Organisation des Handwerks.** Sieht jetzt nach Ausdehnung im offiziellen „Hamb. Corp.“ im „Festschrift“ an, in die Anschauung vorzuwagen, zunächst eine besondere Organisation zu schaffen, die als Vertretung des ganzen Handwerks gelten kann, nach dem Muster der preußischen Handelskammern. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß Handwerk einerseits vom Großbetrieb, andererseits vom Handelsgewerbe und den nicht handwerklich arbeitenden Unternehmern richtig abgrenzen. Solche Abgrenzung werde vor Vermehrung der Ergebnisse der neuen Berufsaufzählung im nächsten Jahre nicht leicht sein. Solcher Vermittelungsstandpunkt präzidierte keinen in der Regelung und im Rechtsstange bestehenden Organisationsplan und trug auch der Ausschau, daß es den Berufsbildung des sozialen Materials bedürfe, informen Rechnung, als in jenen Handwerkkammern zugleich die geeigneten Organe zur Veranstaltung von Erhebungen solcher Art geschaffen würden.

* **Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie,** welcher vom 21. bis 27. Oktober in Frankfurt a. M. unter Thätigung von 226 Delegierten stattfand, beschäftigte sich u. a. auch mit der Agrarfrage. Die Genossen Schönlanz und Vollmar erschließen über diese Frage eingehende Beschlüsse und nahm den Parteitag einstimmig folgende Resolution an:

Die Agrarfrage ist das Ergebnis der modernen Wirtschaftskrisse. Sie abhängt von der heimischen Landwirtschaft vom Weltmarkt und den internationalen Weltmarkten aller Länder. Und wird, je mehr sie in den Bannfeld der kapitalistischen Bauernproduktion, des Bank- und Bucherklitals gerät, um so rascher verschärft sich die Agrarfrage zur Katastrophe.

In Preußen - Deutschland läßt die landwirtschaftliche Unternehmersklasse, die sich in ihrem Wesen von den großgewerblichen Kapitalisten nicht unterscheidet, mit dem Landadel. Dieser Landadel ergibt sich nur noch künstlich durch Liebesgaben, Schmäle, Aufzehrungslungen, Steuervorteile. Trotz alledem in der Unterfang des östlichen Jägerberichts, der zum großen Theil durch ländliche Wirtschaft, Erbantheile und Restausgabe überwältigt ist, schon besiegt.

Dazu kommt der, sich fortgesetzte aufhaltende Zwiespalt zwischen Großstadt und kleinbürgerlicher Wirtschaft. Die Kleinbauernschaft, bedrückt durch Militärabgaben und Steuerlasten, in Hypotheken und Personenschulden verstrickt, bedrängt von innen und außen, kommt in Verfall. Die Schärgelste sind für sie ein leeres Schaugericht. Und diese Zoll- und Steuerpolitik läßt die Kaufkraft der arbeitenden Klasse und verengt beständig den Markt des Bauern. Der Bauer wird proletarisiert.

Auf der anderen Seite entfaltet sich der Klassengegensatz zwischen ländlichen Unternehmern und ländlichen Arbeitern zu immer größerer Reinheit. Eine ländliche Arbeiterklasse ist entstanden; sie ist gebunden durch feudale Gesetze, die ihr das Bereinigungskreis verlegen, die sie unter die Gefinde-Ordnung stellen, sie ist losgelöst von den alten patriarchalischen Beschäftigungen, die in die Hörtigkeit eine bestimmte Erbtreue sicherstellen. Die Zwischenfrachten, grundbedienige Tagelöhner, Bergbauern, die auf die Lohnarbeit als Zubrude angewiesen sind, sinken trock aller Scheinreformen in die Kasse des ländlichen Proletariats. Mit der Erwerbsunsicherheit, dem Bohndbrud und der schlechten Behandlung, mit der Unzufriedenheit der Landarbeiter wächst der Zwiespalt zwischen Grundkapital und Landarbeiter, das Klassenbewußtsein des Landarbeiters erwacht.

So wird es zur Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich auf das Erntefeste mit der Agrarfrage bezieht. Die Vorbereitung dazu ist die eingehende Kenntnis der ländlichen Staände. Da diese in Deutschland technisch, wirtschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landdorf nach seiner Eigentart behandeln.

Die Agrarfrage, als notwendiger Bestandteil der sozialen Frage, wird endgültig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen. Zeit aber muß die Notblage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformhilfe, gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonderes agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter besonders nötlichen nächsten Forderungen des Ersteren Programms in einem dem Verhältnis der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt.

Der Bauernschuß soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuhner, als Landwirt vor Nachteilen bewahren und ihm den rationellen und den genossenschaftlichen Betrieb durch Staatshülfe erleichtern.

Der Landarbeiterstand soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht der ländlichen Arbeiter wahren, ihn auf eine Stütze mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Geiselnordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzbücher (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbeamte) ihn vor der zügellosen Ausbeutung bewahren.

Ein besonderer Agrarausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorstellung vorzulegen.

Über die Bedeutung der Trusts, Kartelle, Ringe und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirtschaftlichen Entwicklung“ referierte Genosse Schröder. Derselbe sah seine Ausführungen in folgende, vom Parteitag ebenfalls einstimmig angenommene Resolution zusammen:

„Die Kartelle (Trusts, Ringe), wie sie in neuerer Zeit immer mehr in allen Kulturländern der Erde, insbesondere auch in Deutschland von den Vertretern großkapitalistischer Unternehmungen gebildet werden, sind die natürliche Folge der Entwicklung unserer kapitalistischen Produktionsweise, die mit stell sich beschleunigender Schnelligkeit ihrem Höhepunkt entgegensteht.“

„Der Zweck dieser großkapitalistischen Produktions-Vereinigungen ist, im Interesse der bestehenden Kapitalistischen Produktion zu regulieren, d. h. durch ihre Anpassung an die Nachfrage die Preisbildung so zu beeinflussen, daß der erreichte höchste Profit den Unternehmern zufällt.“

Der immer raschere Untergang des konkurrenzunfähigen gewordenen mittleren und kleineren Unternehmenskumms ist die notwendige Wirkung dieser Kapitalistischen Organisationen.

Die Arbeiterklasse hat keine Veranlassung, den durch die Kartellswirtschaft beförderten großkapitalistischen Entwicklungsprozeß durch reaktionäre Gesetzgebungsversuche zu stoppen, weil jeder Fortschritt der Kapitalkonzentration fortgesetzter Waffen ehemals Besitzer vor den Interessen des Besitzes kostet und die unüberstehbare Unvereinbarkeit der national und international organisierten, einheitlich geleiteten Produktion über die zerstückelte Produktion der freien Konkurrenz immer eindringlicher und augenfälliger steht. Diese Entwicklung ist somit ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus!“

Dagegen werden die Kartelle eine Gelfel für die Arbeiter durch die Macht, welche die ausdehnenden Kapitalistischen Gruppen mit Hilfe ihrer Organisation gegenüber ihren Arbeitern erwerben. Gestiegerner Bohndbrud, gefestigte soziale und politische Knechtung werden unabdinglich. Es ist daher ein Gebot der Selbstbehauptung und der Menschenwürde für die Arbeiterklasse, nachdrücklich und kategorisch zu verlangen, daß ein den Forderungen der Massenentsprechender Arbeiterschluß gefestigt festgelegt werde; daß nicht bloss alle Grenzen der Koalitions- und Vereinigungsrecht fallen, sondern auch das Koalitionsrecht durch wirksame Strafbestimmungen gegen die Übergriffe des Unternehmerschums gefestigt werde, und daß durch fortwährenden Demokratisierung der Reichs-, Staat- und Gemeindeverwaltungen immer mehr der Willen der weit wachsenden Masse bei wenig oder nichts bestehenden Konsumenzen maßgebend wird, welche Interessen in schneidendem Gegensatz zu den Interessen einer handvoll übermächtiger Kapitalisten.“

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Die lokalorganisierten Maurer-Berlins hielt am 28. Oktober eine Versammlung ab, über welche der Vorwärts“ folgendes berichtet:

Es handelt sich in erster Linie darum, nochmals Stellung zur Wahl von Delegirten zur Gewerkschaftscommission zu nehmen. Eine Vertreibung in der Gewerkschaftscommission ist bereits wiederholte abgelehnt worden. Über das Wahlentscheid einer Vertreibung in der Gewerkschaftscommission und angesichts Ansichten in der geplanten Erörterung der zur Tagessordnung stehenden Frage offen zu Tage. Das Resultat der Abstimmung war die Annahme des Antrages, Delegirte in die Gewerkschaftscommission zu entsenden. Die Delegirten bestimmen, daß die Maurergemeinschaft sich durch Beschlüsse der Gewerkschaftscommission in ihrer Bewegungsfreiheit nicht behindern lasse. Die Delegirten betonte seinerseits, daß die Maurer isolater Richtung nicht allein und selbstständig arbeiten könnten, daß sie vielmehr gehalten seien, mehr Freiheit mit den anderen Gewerkschaften zu nehmen. Es wurde seine Ansicht darin aus, daß die Gewerkschaftscommission allmählich in das Fahrwasser des Verbands gelangen werde. Über ihre eigenen Gedanken habe jede Gewerkschaft selbstständig entschieden, nicht aber die Gewerkschaftscommission. Seine Meinung ging dahin: Für diese Parlamentsabgeordneten, die in Korruption ausarten, keinen Mann und keinen Biennien! Die weitere Debatte über den Werth und Umwert der Gewerkschaftscommission wurde durch einen angenommenen Schlagnahmertag abgebrochen und stellte die Versammlung nunmehr zur Wahl von Delegirten für die Gewerkschaftscommission und für die Wahl von Maurok und Vogeler. Dietrich wünschte nachdem, daß die Versammlung die Delegirten Verhaftungsmöglichkeiten geben möge. Wie schon vorher, wünschte er, daß die Delegirten wohl die Interessen der Berliner Maurer zu vertreten, sich aber keinen Beschlüssen zu unterwerfen hätten, die die Gewerkschaft zu verbrennen gezeigt seien. Vogeler erklärte daraufhin, daß sein Mandat sofort wieder niedergelegt würde, sobald die Verhandlung beendet wäre, die Delegirten mit einem gebundenen Mandate in die Gewerkschaftscommission zu entsenden. Die Versammlung lebte eine der artige Beschlusssitzung ab. Der nächste Punkt der Tagessordnung lautete: „Unsere Stellung zur Prese.“ Die Maurer erregte Debatte setzte hier in eine lange periodische Polemik aus, in der von mehreren Rednern das Amonnen und die Bekanntgabe der Versammlungsberichte im „Sozialist“ lebhaft besprochen wurde. Dabei wurden die Redner sich gleichzeitig gegen den „Bauhandwerker“ und „Bauarbeiter“, dem sie Verhandlungssicherung ihrer Interessen vorwiesen. Unter Anderem stellte die Gründung einer dritten Organisation, der „revolutionären Maurer“, in Aussicht. (III) Von anderer Seite wurde dieser Auffassung widersprochen und endete die Diskussion vorläufig resultlos. Zum Schlus wurde sodann das Versammlungsbureau beraubt, zwecks Fortsetzung der Debatte eine öffentliche Maurerversammlung einzuberufen.

* Der zweite ordentliche Verbandstag der Bauarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands fand am 28., 29. und 30. Oktober in Lüneburg; an demselben nahmen, wie die Mandatserteilung ergab, 24 Delegirte Theil, während der Delegirte aus Dresden fehlte. Das Bureau bestand aus den Herren: Krens - Hamburg, Möckelmann - Altona, C. Lang - Hamburg, Bremann - Hamburg und Wille - Köln a. Rh. Nach erfolgter Regelung der gesetzlichen Angelegenheiten machte der erste Vorsitzende bekannt, daß selne seit der Generalversammlung informiert worden sei, daß vom 28. Oktober an der Verbandstag in Lüneburg tote, und ob die Generalversammlung einen Vertreter hierzu entsenden würde. Daraufhin habe die Generalversammlung durch C. Vogel geantwortet, daß sie für die Beschildung des Verbandstages Abstand genommen hätte. Angenommen müsse werden, daß wohl die absehbende Haltung davon herkommt, daß bei einer Umfrage an die Generalversammlung von Seiten der Generalversammlung, ob in Zukunft in den Generalversammlungen ein Vertreter der Generalversammlung anwesend sein würde, vom Vorstande dieses als nicht nöthig bezeichnet wurde.

Zu der Debatte bestellten sich Hamm - Hamburg und Dreyer - Hamburg. Letzterer ist der Ansicht, es wäre sehr gut, wenn ein Vertreter der Generalversammlung anwesend wäre und ebenso ein Vertreter der Maurer. Man hätte sich betrifft einen Presseaussprachen können. Es wäre aber auch gut gewesen, wenn ein Vertreter von uns auf dem Verbandstag der Maurer anwesend gewesen wäre.

Der gedruckt vorliegende Geschäftsbereich behandelte die überaus kriegerische Lage der Bauarbeiter und die Schwierigkeit der Agitation in den älteren Provinzen. Der Stand der Mitglieder war im 4. Quartal 1892: 1752, im Jahre 1893 sogar nur: 1829, am Ende des 2. Quartals: 1793. Die Ausgabe für Agitation betrug im Jahre 1893: M. 488,40, 1894: M. 388,05. Ferner geht aus dem Bericht hervor, daß an verschiedenen Orten, wo Kollegen für den Verband agitieren, diese seitens der Unternehmer gemacht werden, so in Altona, Bremen, Hamburg und Lüneburg. Die Ausgaben hierfür bestimmen sich auf M. 212. Die Ausgaben für Meisterschule betragen M. 20,50. Streits fanden im Jahre 1893 keine statt, jedoch waren in diesem Jahre zwei zu verzeichnen, in Lüneburg und Lüneburg. Der letztere wurde in aller Kürze zu Gunsten der Lüneburger Kollegen entschieden und hatte keinerlei nachhaltige Folgen, auch boten die dortigen Kollegen keine materielle Hilfe seitens des Verbands gefordert. In Lüneburg dagegen ging der Streit verloren, und noch immer ist der Verteil der dortigen Zahlstellen gemahngestellt. In Unterführung wurden den Lüneburger Kollegen M. 98,16 gegeben. Der Kostenstand war am 31. Dezember 1892 M. 1147,93, am 31. Dezember 1893 M. 816,97, am 30. September 1894 M. 1555,03. Nach einer sehr heftigen Debatte über eine Polemik der Hamburger Zahlstellen contra Vorstand und einiger Mitglieder andererseits wurde dem Vorstand und Auskunft ein Vertrauensvotum ausgesprochen und somit der Geschäftsbereich anerkannt.

Über die Frage: „Die lokale Organisation in Zukunft für und maßgebend?“ referierte C. Lang - Hamburg. Unter Anderem verzichtete der Redner die Interessen der Bauarbeiter mit denen der Fabrikarbeiter und folgerte aus seinen Ausführungen, daß die Bauarbeiter, wenn die Form ihrer heutigen Organisation deren Zwecken nicht entspreche, weit eher in den Verband der Maurer gehören, als in den der Fabrikarbeiter. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Berufsgenossen

auch ferner beizubehalten; ferner wurde beschlossen, ein Flugblatt von Seiten der Centralverwaltung herauszugeben.

In Beiseite des bestehenden Organs wurde nach langerer Debatte beschlossen, das fernerne Erscheinen des "Arbeiter" auf alle 14 Tage in derselben Form fortzuführen.

Vor der "Statutenberatung" blieben Name und Sitz des Verbandes ungedeckt. Zum § 4 wird ein Antrag angenommen, stimmt die Monate April, Mai, Juni und Juli eine Extraheft vor je 20 Pf. zu erheben, welche an die Hauptkasse abgeführt werden. Im Ubrigen wurden nur geringfügige Änderungen vorgenommen.

Als erster Vorsitzender des Verbandes wurde dann Kreis-Hamburg gewählt, und als erster Kassier sowie als Redakteur C. Langemann. Wandsdorf, Räuber, Bergedorf und Mäkelmann Altona.

Von den weiteren Beschlüssen ist zu erwähnen, daß Provinzial-Agitationskomitees eingesetzt werden sollen und zwar in Köln a. Rh., Bremen, Berlin, Schwerin, Dresden, Kiel und Hamburg. Um diesen Komites Mittel an den nothwendigsten Ausgaben zu schaffen, sollen ihnen 50 Pf. der Erträge der Agitationssmarthen zugewendet werden.

Ein weiterer Antrag betrifft die Unterstüzung des Kollegen Schöpflinburg. Derselbe ist seit dem Streit von Weißfeldt sowie Fabrikanten gemäßigt, keiner soll ihn in Arbeit nehmen. So, diese Maßregelung hat sich logisch auf die Wohnung übertragen. Wieso in H. Garburg weiß darauf hin, daß das Gewerkschaftsstellte in Altenburg hier umbedingt ihr Stande sei, Remebur zu schaffen. Beschlossen wurde, eine Gewerkschaftsunterstützung von 50 Pf. zu zahlen. Bei dieser Sache wurde noch das Verhalten einzelner Altenburger Maurer zur Zeit des Streits scharf gegeißelt, und denjenigen von Seiten sammlicher Anwesenden eine Missbilligung ausgedrückt.

Unter den üblichen Ceremonien erfolgte abschließend der Schluss des Bandestages.

* Die Stimmlerente von Leipzig haben eine Kommission gewählt, die über Löhne und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Ergebnisse antestellen soll.

* Große Lohnabreduktionen sind den Hüttenarbeitern in Thale a. S. angekündigt worden; dieselben betragen 25 bis 80 Pf. des gegenwärtigen, schon jetzt ganz geringen Lohnes. Derselben sind die circa 1900 Arbeiter, die hierzu betroffen werden, garnicht organisiert, so daß sie sich mit gebundenen Händen den Unternehmern überlassen sehen.

* Ein städtischer Arbeitssuchtwweis soll nun auch in München erledigt werden. In einer der letzten Magistrats-Sitzungen wurde verlautet, daß das Ministerium des Innern und die Königliche Regierung von Übertragen dem Magistrat die Errichtung eines städtischen Arbeitsbeschaffungsraumes nahegelegt haben. Es wurde zur näheren Beratung der Sache eine Kommission gewählt, bestehend aus 4 Magistratsräten und 4 Gemeindebevollmächtigten, welche sich zugleich mit den das Gewerbegericht betreffenden Fragen beschäftigen soll.

* Das neue Arbeitersekretariat der Stadt Marburg, von den Arbeitern selbst begründet, ist am 1. November in Wirklichkeit getreten. Das Sekretariat erhält militärische Ausbildung in gewerblichen Streitigkeiten, welche der Kompetenz der Gewerkegerichte unterstehen; in Angelegenheiten der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung; über Arbeitsaufwand, Bereinst- und Beratungsmrecht, sowie über das Fabrik-Inspectatorat. Das Sekretariat nimmt Beobachtung über diese Gegenstände auf und veranlaßt deren zweckmäßige Erledigung. Soweit zur Erledigung dieser Aufgabe schriftliche Rechte erfordert sind, werden auch diese vom Sekretariat angestellt.

* Arbeiter-Solidarität. Aus Part 1 wird geschrieben: "Dem schon seit Monaten im Glashüttenwerk von Altona de Stet ausgebrochenen Streit suchten die Unternehmer Altharne u. Co. dadurch zu begegnen, daß sie in Deutschland Arbeiter anwerben ließen, ohne diese jedoch von der Sachlage in Kenntnis zu setzen. Da sich aber die darunter eingestellten Arbeiter nicht als Streitbrecher gebrauchen lassen wollten, haben sie die Arbeit wieder aufzugeben und verlangen nun, daß sie die, wie sie an den dortigen Abgeordneten, Genossen Charpentier, schreiben, nach Altona de Stet nur unter der Bedingung kamen, daß der Streit beendet sei, eine Entschädigung für ihre Stellosten und ihren Arbeitsverlust, sowie ihre unentgeltliche Veräußerung in die Heimat. Das an Charpentier gerichtete Schreiben, den sie um seine Intervention in dieser Sache bitten, ist von seinen Arbeitern gezeichnet. Ob sie aber zu ihrem Rechte kommen, selbst wenn sich Genossen Charpentier, wie nicht zu zweifeln ist, ihrer Sache besonders angelegen sein läßt, das bleibt noch abzuwarten."

Einer weiteren Mitteilung zufolge sind diese sieben Arbeiter aus Frankreich ausgewandert. Säumen sie sich als Streitbrecher brauchen lassen, sie hätten ruhig in "Heimatland" bleiben dürfen.

Zur Lebenshaltung der deutschen Maurer.

(Schluß)

Nossentinerhütte.

a) Verheirathet, keine Kinder.

Für Nahrungsmittel: Brot M. 182,-, Butter 52,-, Schmalz 62,40, Speck 78,-, Fleisch 52,-, Wurst 62,40, Mehl 12,48, Eier 12,48, Milch 1,-, Buder 9,36, Hülsenfrüchte, Reis, Graupen 1,-, Kartoffeln und Gemüse 1,-, Eiig und Del 10,40. M. 409,04

Genußmittel: Kaffee und Thee M. 16,60, Salz und Gewürze 2,-, Bier M. 31,20, Brantwein 31,20, Tabak und Zigarren 10,40. M. 57,20

Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Wäsche, Seife, Nähgarn 1,-, Haushaltswaren, Möbel 1,-, Schulgeb., Schulbücher 1,-, Steuern 1,-, Wohnungsmiete 1,-, Bildungsmittel (Bereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 5,20

Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 10,-, Gesundheitspflege (Arzt, Apotheker, Bäder, Bärbier 1,-), Vergnügen und Versammlungsbesuch 5,-, Handwerkzeug 12,50

Landwirtschaft 12,20

Summa M. 748,84

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel "Bier, Brantwein und Tabak" für den Mann M. 484,64, oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 44 $\frac{1}{2}$ Pfennig, wobei jedoch zu beachten ist, daß für Eier, Milch und Salz keine Ausgabeposte ausgeworfen sind.

b) Ledig.

Für Nahrungsmittel (Frühstück, Mittagessen, Brot, Abendessen) M. 421,20

Genußmittel: Bier M. 104,-, Brantwein 26,-, Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche 1,-, Steuern 2,-, Logis 104,-

Bildungsmittel (Bereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 16,-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 12,-, Gesundheitspflege (Arzt, Apotheker, Bäder, Bärbier 1,-), Vergnügen und Versammlungsbesuch 5,-, Handwerkzeug 5,-

Summa M. 888,20

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag etwas über M. 1,15.

c) Verheirathet, drei Kinder.

Für Nahrungsmittel: Brot M. 145,60, Butter 91,-, Schmalz 41,60, Speck 41,60, Fleisch, Wurst 109,20, Mehl 16,40, Eier 26,-, Milch 31,20, Buder 26,-, Hülsenfrüchte, Reis, Graupen 1,-, Kartoffeln und Gemüse 78,-, Eiig und Del 10,40. M. 626,60

Genußmittel: Kaffee und Thee M. 20,80, Salz und Gewürze 5,20, Bier M. 31,20, Brantwein 31,20, Tabak und Zigarren 36,40. M. 124,80

Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Seife, Nähgarn 1,-, Haushaltswaren, Möbel 1,-, Schulgeb., Schulbücher 1,-, Steuern 7,-, Wohnungsmiete 78,-

Bildungsmittel (Bereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 14,50

Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 12,50

Gesundheitspflege (Arzt, Apotheker, Bäder, Bärbier 1,-), Vergnügen und Versammlungsbesuch 10,-, Beleuchtung und Feuerung 50,-, Handwerkzeug und Versicherungen 8,-, Landwirtschaft 18,-

Summa M. 1088,62

Für Gesundheitspflege (Bäder, Bärbier 1,-), Vergnügen und Versammlungsbesuch 59,-, Handwerkzeug 8,-

Summa M. 1098,62

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag M. 1,85.

d) Barrentin.

a) Verheirathet, vier Kinder.

Für Nahrungsmittel: Brot M. 109,20, Butter 62,40, Schmalz 41,60, Speck 62,40, Fleisch, Wurst 1,-, Mehl 12,48, Eier 5,20, Milch 26,-, Buder 7,80, Hülsenfrüchte, Reis, Graupen 1,-, Kartoffeln und Gemüse 65,-, Eiig und Del 5,20. M. 899,88

Genußmittel: Kaffee und Thee M. 16,60, Salz und Gewürze 2,60, Bier 1,-, Brantwein 10,40, Tabak und Zigarren 2,60. M. 81,20

Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Seife, Nähgarn 1,-, Haushaltswaren, Möbel 1,-, Schulgeb., Schulbücher 1,-, Steuern 1,-, Wohnungsmiete 60,-

Bildungsmittel (Bereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 6,85

Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 8,40

Gesundheitspflege (Arzt, Apotheker, Bäder, Bärbier 1,-), Vergnügen und Versammlungsbesuch 16,50

Beleuchtung und Feuerung 14,80

Handwerkzeug und Versicherungen 117,-

Summa M. 784,58

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel "Bier, Brantwein und Tabak" für den Mann M. 418,08 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 29 $\frac{1}{2}$ Pfennig, wobei zu berücksichtigen ist, daß für Fleisch, Wurst 1,- kein Kosten in Ansatz gebracht werden, diese Nahrungsmittel daher aller Wahrscheinlichkeit nach durch mit Landwirtschaft verbundene Fleischzucht gewonnen wurde. Der Aussteller des Budgets hat die Summe von M. 348,18 als Ertrag der Landwirtschaft angegeben.

e) Ledig.

Für Nahrungsmittel (Frühstück, Mittagessen, Brot, Abendessen) M. 880,20

Genußmittel: Bier M. 62,-, Brantwein 26,-, Tabak und Zigarren 26,-, Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Seife, Nähgarn 1,-, Haushaltswaren, Möbel 1,-, Schulgeb., Schulbücher 1,-, Steuern 1,-, Logis 78,-

Bildungsmittel (Bereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 8,95

Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 8,40

Gesundheitspflege (Bäder, Bärbier 1,-), Vergnügen und Versammlungsbesuch 26,-

Handwerkzeug 2,50

Summa M. 688,55

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag 90 $\frac{1}{2}$ Pfennig.

f) Mordenham.

a) Verheirathet, zwei Kinder.

Für Nahrungsmittel: Brot M. 166,-, Butter 119,60, Schmalz 36,40, Speck 1,-, Fleisch, Wurst 124,80, Mehl 6,20, Eier 89,40, Milch 64,60, Buder 41,60, Hülsenfrüchte, Reis, Graupen 1,-, Kartoffeln und Gemüse 52,-, Eiig und Del 5,20. M. 647,40

Genußmittel: Kaffee und Thee M. 89,-, Salz und Gewürze 5,20, Bier 1,-, Brantwein 10,40. M. 64,80

Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Seife, Nähgarn 1,-, Haushaltswaren, Möbel 1,-, Schulgeb., Schulbücher 1,-, Steuern 1,-, Wohnungsmiete 1,-

Bildungsmittel (Bereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 8,95

Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 8,40

Gesundheitspflege (Bäder, Bärbier 1,-), Vergnügen und Versammlungsbesuch 26,-

Handwerkzeug 2,50

Summa M. 1228,-

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel "Bier, Brantwein und Tabak" für den Mann M. 691,60 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) 68 $\frac{1}{2}$ Pfennig.

g) Ledig.

Für Nahrungsmittel (Frühstück, Mittagessen, Brot, Abendessen) M. 450,96

Genußmittel: Bier M. 72,80, Brantwein 62,40, Tabak und Zigarren 41,60. M. 176,80

Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Seife, Nähgarn 1,-, Haushaltswaren, Möbel 1,-, Schulgeb., Schulbücher 1,-, Steuern 1,-, Logis 156,-

Bildungsmittel (Bereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 11,50

Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 14,64

Gesundheitspflege (Arzt, Apotheker, Bäder, Bärbier 1,-), Vergnügen und Versammlungsbesuch 4,-

Beleuchtung und Feuerung 86,-

Handwerkzeug und Versicherungen 9,76

Summa M. 1070,80

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag M. 1,26.

h) Begefad.

a) Verheirathet, zwei Kinder.

Für Nahrungsmittel: Brot M. 78,-, Butter 74,86, Schmalz 16,60, Speck 104,-, Fleisch, Wurst 163,80, Mehl 5,20, Eier 7,98, Milch 18,20, Buder 18,20, Hülsenfrüchte, Reis, Graupen 1,-, Kartoffeln und Gemüse 44,20, Eiig und Del 2,60. M. 563,10

	Transport M	563,16
Für Genussmittel: Kaffee und Thee M. 33,80,		
Salz und Gewürze 5,20, Bier 7,80, Brant-		
wein 127,40, Tabak und Zigaretten 18,-	187,20	
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Wäsche, Seife;		
Mäggarn etc.	140,60	
Hausstandssachen, Mobilien etc.	60,-	
Schulgeb., Schulbücher etc.	3,20	
Steuern.	5,-	
Wohnungsmittel	78,-	
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit)	14,90	
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung	30,96	
Gesundheitspflege (Aerzt, Apotheke, Bäder, Barber etc.)	20,-	
Bergmänner und Versammlungsbesuch	40,-	
Befreiung und Feuerwehr	62,80	
Handwerkzeug und Versicherungen	2,50	
	Summa M. 1203,32	

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genussmittel "Bier, Brantwein und Tabak" für den Mann M. 602,16 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 55 Pfennig.

b) Ledig.

Für Nahrungsmittel (Frühstück, Mittagessen, Brot, Abendessen)	M. 364,-
Genussmittel: Bier M. 93,60, Brantwein 109,20, Tabak und Zigaretten 20,80	223,80
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche etc.	69,-
Steuern.	-
Logis	180,-
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit)	14,20
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung	19,12
Gesundheitspflege (Bäder, Barber etc.)	26,-
Bergmänner und Versammlungsbesuch	4,-
Handwerkzeug	-
	Summa M. 851,92

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag beiwoche M. 1,-.

c) Engshaven.

a) Verheirathet, drei Kinder.		
Für Nahrungsmittel: Brot M. 130,- Butter 44,20, Schmalz 39,- Speck 209,- Fleisch, Fisch, Wurst etc. 26,- Mehl 52,- Eier 16,60, Milch 26,40, Bulet 10,40, Hülsenfrüchte, Stielz, Gräben etc. 26,- Kartoffeln und Gemüse 39,- Eßig und Öl 2,60	629,20	
Genussmittel: Kaffee und Thee M. 52,- Salz und Gewürze 5,20, Bier 20,80, Brantwein 15,60, Tabak und Zigaretten 23,40	117,-	
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche etc.	115,-	
Hausstandssachen, Mobilien etc.	10,-	
Schulgeb., Schulbücher etc.	6,-	
Steuern.	14,95	
Wohnungsmittel	120,-	
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit)	12,60	
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung	10,-	
Gesundheitspflege (Aerzt, Apotheke, Bäder, Barber etc.)	25,-	
Bergmänner und Versammlungsbesuch	10,-	
Befreiung und Feuerwehr	34,40	
Handwerkzeug und Versicherungen	19,90	
Landwirtschaft	88,-	
	Summa M. 1212,05	

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genussmittel "Bier, Brantwein und Tabak" für den Mann M. 686,40 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 53½ Pfennig.

b) Ledig.

Für Nahrungsmittel (Frühstück, Mittagessen, Brot, Abendessen)	M. 400,40
Genussmittel: Bier M. 62,40, Brantwein 31,20, Tabak und Zigaretten 15,60	109,20
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche etc.	115,-
Steuern.	6,-
Logis	155,-
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit)	18,-
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung	16,64
Gesundheitspflege (Bäder, Barber etc.)	6,-
Bergmänner und Versammlungsbesuch	156,-
Handwerkzeug	8,-
	Summa M. 986,24

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag zu M. 1,10.

c) Bösel.

a) Verheirathet, zwei Kinder.		
Für Nahrungsmittel: Brot M. 143,- Butter 114,40, Schmalz 15,60, Speck 26,- Fleisch, Fisch, Wurst etc. 99,90; Mehl 15,60, Eier 31,20, Milch 46,80, Bulet 18,72, Hülsenfrüchte, Stielz, Gräben etc. 18,72, Kartoffeln und Gemüse 41,60, Eßig und Öl 2,60	578,04	
Genussmittel: Kaffee und Thee M. 41,60, Salz und Gewürze 10,40, Bier 52,- Brantwein 30,40, Tabak und Zigaretten 20,80	161,20	
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche etc.	90,-	
Hausstandssachen, Mobilien etc.	35,-	
Schulgeb., Schulbücher etc.	12,-	
Steuern.	11,-	
Wohnungsmittel	160,-	
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit)	24,80	
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung	24,-	
Gesundheitspflege (Aerzt, Apotheke, Bäder, Barber etc.)	16,60	
Bergmänner und Versammlungsbesuch	15,-	
Befreiung und Feuerwehr	45,-	
Handwerkzeug und Versicherungen	9,75	
	Summa M. 1178,89	

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genussmittel "Bier, Brantwein und Tabak" für den Mann M. 625,04 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 57 Pfennig.

b) Ledig.

Für Nahrungsmittel (Frühstück, Mittagessen, Brot, Abendessen)	M. 400,40
Genussmittel: Bier M. 62,40, Brantwein 31,20, Tabak und Zigaretten 36,40	130,-
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche etc.	182,-
Steuern.	11,-
Logis	156,-
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit)	41,90
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung	29,50
Gesundheitspflege (Bäder, Barber etc.)	29,-
Bergmänner und Versammlungsbesuch	143,-
Handwerkzeug	5,25
	Summa M. 1099,05

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag zu M. 1,10.

Wie sich aus dieser Zusammenstellung ergibt, erreichen die durchschnittlichen Ausgaben für Ernährung einer erwachsenen Person bei dem Familienbudget in keine der Orte den für die Naturüberpeilung der Soldaten gültigen Satz von M. 1. Den höchsten Durchschnittssatz weist das Budget aus Wilhelmshaven mit 76½, aus Ansbach den niedrigsten Durchschnittssatz dagegen aus Reichensachsen I. B. mit 28½. Und wir haben überall zwei Kinder für eine erwachsene Person gerechnet, was in sehr vielen Fällen zu niedrig veranschlagt sein dürfte. Die Ausgaben für Ernährung der Kollegen stellen sich die Durchschnitts-Ausgaben für Ernährung bedeutend höher; den höchsten Betrag weist das Budget aus Berlin mit M. 1,85, den niedrigsten dagegen aus Rathenow mit M. 78½, A. auf. Es muss aber berücksichtigt werden, dass in diesen Preisen das Gefühl bezw. der Bedarf der Bäder mit Befliegung lediglich gewahrt bleibt, während die beschäftigenden Personen enthalten ist und das der eigentliche Wert der Nahrung denjenigen der oben bei den Familienbudgets angegebenen wenig übersteigt dürfte. Die Einpendler des ausgeführten Budgets waren also mit weniger Aufnahmen nicht im Stande, sich für den für ihre schwere Arbeit erforderlichen Lohn eine den dargestellten Engagements entsprechende Ernährung zu beschaffen. Und ebenso, wie es bei der Ernährung der Fall ist, sieht es auch mit allen anderen Lebensbedürfnissen aus. Vor Ablauf muss aber darauf hingewiesen werden, dass die Ausgaben-Budgets durchschnittlich die höchsten Vorratsmengen der Staatslizenzen in den einzelnen Orten erreichen, und dass daher alle diejenigen Kollegen, welche die derartige Vorratshaltung anstreben, die derartige Vorratshaltung zu vereinigen, um in einer längeren Reihe von Jahren möglichst d. h. wenn überhaupt, noch fristfrei verfügbare zu erhalten. Der Wert ist hunger oder ein Streik? Es würde hier zu weit führen, auf die einzelnen Rubriken des Budgets näher einzugehen. Wir verzweifeln wiederholt auf die Broschüre des Reichsstaatskonservatoren G. Wurm: "Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter", (Verlag von M. Schnabel, Dresden, 1892) und empfehlen den Mitgliedern die Besprechung des Resultates der Staatslizenzen pro 1892/93 in den Versammlungen unter Berücksichtigung der in der genannten Broschüre aufgestellten Normalsätze auf das Angelegenheit.

c) Ein brutaler Gewaltstreich

ist vom Minister Crispin in Italien gegen die Arbeiterorganisationen verübt worden. Der italienische Admiraal hat seinem Schandregiment die Krone aufgesetzt. Mit einem Schlag sind sämmtliche Arbeiterorganisationen im ganzen Königreich, viele Hunderte an der Zahl, aufgelöst worden. In Mailand und Umgebung sind allein durch den Uta des Präsidenten fünfzig blühende Organisationen, Arbeiterverbände, Gewerkschaften, Parteien, darunter die gesamte Organisation der Mailänder Arbeiterklasse, vor der die bürgerliche Stadtordnung 15 000 Stares jährlich Bußgeld giebt, zerstört worden. Die Sitz der bürgerlichen Verbände, auch die Arbeitsordnung, wurden mit Militär und Polizeigewalt überfallen, alle Sitzungen, die vorgenommen wurden, geräumt, die vorhandenen Räumlichkeiten gestohlen, die Einblicke von den Wänden gerissen und mitgenommen, bei allen hervortretenden und bekanntesten Persönlichkeiten, die von den sozialistischen Arbeiterpartei Italiens angehören, Haussuchungen gehalten. Der brutale Uta des Präfekten von Mailand gegen Winsele, einer Kreatur Crispins, die dieser eigentlich erst fürchtet, sondern das von ihm in den Tod gehabte Mailand angreift hat — er wurde ja hier öffentlich aufgegriffen und muss sich dafür schuldig rächen —, nimmt für die Gewaltthat ausdrücklich Bezug auf das Schandregime vom 1. Juli 1894 und auf eben denselben Artikel 5 dieses Gesetzes, dessen Annahme in der Kammer nur durch die feierliche Erklärung Crispins ermöglicht wurde, dass der Artikel auf die organisierten Vereine der sozialistischen Arbeiter keine Anwendung finden könne. Der Uta sagt, die sozialistische Arbeiterpartei Italiens habe in ihrem Programm offenbar den Grundzusatz des italienischen Klassen- und Parteien zur Erreichung der Ziele ihres Programmes zurückweise, offenbar sie ihren Charakter, nämlich die sozialistische Gesellschaft, der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Die sozialistische Partei der Arbeiter habe sich außerdem ausdrücklich mit den Anstreben und revolutionären Zielen der Vereinigung in Sizien und in Palermo, welche jetzt ihre Strafe verbüßen, einverstanden erklärt; schon dies allein beweist ihre nihilistische Tendenz. Auch das Arbeiterkonjunktur in Mailand (der große blühende und sehr gemäßigte Verbund des Consolato operario, der fast nur kleinbürgerliche Handwerkervereine umfasst), habe sich im letzten Jahre ganz dem Sozialismus ergeben und hielt daher dessen Schied. Es folgen nach dieser Vergründung die mit Namen aufgeschlossenen fünfzig blühenden Vereine, Verbände, Kooperativen, Genossenschaften, Konsum-Genossenschaften, Arbeiter-Bildungsvereine, Gesellschaften privater und künftiger Natur und so weiter und so weiter. Es folgt endlich die Feststellung, dass

alles Eigenheim und Vermögen der genannten Gesellschaften mit Vieles zu belegen, jeder Widerstand nach den anderen Zeitungen des Schandregimes zu bestehen sei.

In einer Korrespondenz, welche der "Sovremennits" aus Mailand erhielt, heißt es: "Der Ertrag will vorläufig noch bestehen, die empfindenden Einzelpfalle, die er mit sich führt, sind noch nicht überfällig bekannt. Die ganze italienische Gewaltthat kann in ihrer Bedeutung und Tragweite erst allmählich zum Bewusstsein Ders kommen, denen noch ein Funke von Denkfähigkeit geblieben ist."

Als nebensätzlich wird Crispis seine Maßregel nicht verteidigen können. Denn das "Nordwesten" geschreibt vom 19. Juli d. J. auf das die Auflösung der Vereine begründet werden soll, das von Crispis selbst eine Interpretation erfasst, welche seine Anwendung in diesem Falle in keiner Weise ausdrückt. Crispis sprach ausdrücklich von dem "neuen, seit Kurzem entstandenen" und sagte nach wörtl. hinzu: "Ich verstehe, dass der Republikaner, ich verstehe den Sozialisten, aber den Anarchisten verstehe ich nicht; er steht außerhalb des gemeinen Rechts, und was Sie auch gegen ihn beschließen mögen, wird immer gerechtfertigt sein." Und der Justizminister erklärte der Kammer über etwaigen Missbrauch der Verhältnisse befürchteten Vorlage, dass diese Maßnahmen durch welche die sozialistischen Parteien befreit seien und nicht auf politische Verbrecher, oder gar auf Den, der mir für seine Meinung tadellos ist". Auch viele Abgeordnete haben ihre Zustimmung zu dem Gesetz abgelehnt davon abhängig gemacht, dass es nicht auf die sozialistische Bewegung angewendet werden dürfe. Es sind aber nicht nur sozialistische Vereine entflohen worden, die mit dem Anarchismus nichts gemein hatten, sondern man hat auch zärtliche Arbeitervereine getroffen, die nicht einmal etwas mit dem Sozialismus zu schaffen hatten.

Die Generation der italienischen Genossen hat nicht auf sich warten lassen. Sie haben sofort einen Bunde zur Vertheidigung der Freiheit gebildet, dem sich auch freiheitsliebende Männer anderer Parteien angeschlossen haben. Der Bunde hat folgenden Aufruf erlassen:

"Gegenüber dem Anwachsen der Willkür, Gewalt, Heuchelei und Gewalttat, durch welche die sozialistischen Parteien, indem sie die verfassungsmäßigen Grundlagen des nationalen Rechts zerstören und die durch unsere Revolutionen geheiligten Grundsätze verlängern, Triebe des Hasses und der Rasse sind und Italien wieder in den Nachdruck der Revolution zurückzuführen, halten die unterzeichneten Bürger die Freiheit für gelommen, alle der wahren Freiheit ergebenden Kräfte zu einem Bunde vereinigt, um dem Verfolgungsverbrechertum eines wahnhaften Geistes ein "Gesetz" zu erfüllen.

Augenscheinlich muss vor Ablauf damit Sorge getragen werden, dass die elementaren Freiheiten gewahrt bleiben: Denkt, Rechte, Vereinigung, Verammlung, Pressefreiheit, ohne welche keine Nation, kein Fortschritt, kein Friede existiert.

Diese Freiheiten sind zur Ironie geworden, werden mit Hässen getreten und gelangt geschickt, wie es bis jetzt noch niemals der Fall war.

"Wir wollen einen Italienischen Bunde zur Vertheidigung der Freiheit gründen. Dieser Bunde steht über den Parteien, Schülern, persönlich oder Gruppentreffen. Die Revolution verleiht sich.

Dieser Bunde werden alle betreten, die noch Sinn für Menschlichkeit und nationale Würde haben. Er wird in allen Formen den Protest gegen den Uta errichten und die Übertreter darstellen. Sobald eine ansehnliche Anzahl von Unterschriften erzielt wird, sollen ein Centralausschuss und Bezirksausschüsse ernannt werden, um die Arbeit fortsetzen zu können.

Die Mailänder Blätter: "Votta di classa", "Vattoglio", "Italia del popolo" und "Scio" und alle anderen italienischen Blätter, welche sich diesem Aufruf anschliessen wollen, werden Unterschriften sammeln.

Es handelt sich darum, in Erfahrung zu bringen, ob Italien aus der Sicht der zivilisierten und freien Nationen verschwinden will.

Unterzeichnet in der Aufruf u. A. von unserem Genossen, dem Abgeordneten Brampolini, von den radikal Abgeordneten Cavallotti, Muzzi, Luigi Rossi, Marcara, Riccardo Buzzato, Engel, serter von bislang geweihten Abgeordneten, von Aerger, Abbafotan, Ingenieuren und anderen angesehenen Bürgern der Stadt Mailand. Im Ganzen trägt er 192 Unterschriften.

Situationsberichte.

Maurer.

Astona. (Verpat.) Eine essentielle Maurerversammlung fand am 9. Oktober in Koppelman's Salón statt. Der Reichstagabgeordnete v. Glün rezipierte in der ersten über das Nationalsozialrecht und die sozialistischen Bestrebungen der herrschenden Klassen. Nedner erörterte die Entwicklungsperspektive innerhalb des heutigen Gesellschafts, wie insbesondere die Arbeiter- und Arbeiterinteressen sich schroff gegenüberstehen. Der Arbeiter trachte nach billigen Arbeitstränen und uneingeschränkter Ausbeutung, während dem Arbeiter nach möglichst hohen Löhnern und fürchterlicher Arbeitsschwere strebe. Diese Interessenwidersprüche führe zu den Konflikten und alle gefeierten Maßnahmen, solche natürliche Bindungen zu unterdrücken, erweisen sich schließlich als hinnäsig, sobald die in Frage kommenden Bündesgenossen reale Interessen nur nachdrücklich ihre Rechte in wirtschaftlicher Weise geboten und dargestellt, wie die weiterverwesenden und wohl funktionierenden Ausbeuterorganisationen eines auseinanderliegenden Majestät staatlichen Schutzes erfordern, während gegen die Ausbeuterorganisationen die Parole gegen den Unruhestift in neuester Zeit aufgespielt werde. Sodann wird den Bürgern ein schreiterer historischer Rückblick auf die Vergangenheit wirtschaftlicher Kämpfe und Organisationen vom Mittelalter her in sehr lebhaftem Weise geboten und dargestellt, wie die Handwerkerzünfte, Zünfte, Gesellenloben etc. einz und allein den Zweck hatten, die Vortheile der Arbeit nach Möglichkeit zu sichern. Nachdem Nedner noch eine kurze Schlußrede der Thätigkeit der größeren englischen Gewerkschaften in den

der Jahren gegeben, geht derselbe auf die deutschen Verhältnisse über, bezieht die zürige Arbeit der Begründung auf dem Bau ihrer Organisation und weist darauf hin, wie diese Gewerkschaft die Vorkämpferin für die Koalitionsfreiheit gewesen sei. 1867 habe Schütze-Peltzsch einen diesbezüglichen Gesetzentwurf eingereicht, welcher auch angenommen worden sei. Die Fortschritte hätten damals das Koalitionsrecht für die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde verlangt, also einen Muß bewiesen, zu welchem sich deren Nachfolger von heute, die Deutschkreislinien, nicht mehr ausspielen könnten. Well man die Arbeiter damals glaubte gewinnen zu können, möchte man ihnen älterer Konzessionen. Die nächste Zukunft, schon zeigt ein verändertes Bild. Die Ausbeuter versuchten die Regierung zur Festlegung des Koalitionsrechts zu veranlassen. Seit dem bekannten Vorsorge der rheinischen Großindustriellen (1869) wurde die Hebe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter nunmehr fortgelegt von den Kapitalisten, welche sich schließlich zu einer Vorlage des Reichstags im Jahre 1874 verdächtigte. In dieser Vorlage sollte u. A. das Recht der Ausbeuter, schwarze Bilder zu subten, unerlaubt werden, während die Arbeiterorganisationen unterdrückt werden sollten. Diese Vorlage wurde abgelehnt, doch hatten die Organisationen fortgelegt unter den 25 Vereinigungen Deutschlands zu leben, von denen eine immer reaktionär ist als das andere. Man habe sich große Mühe gegeben, die gewerkschaftlichen Vereine für politische zu erläutern und hätten bei den Auslegungen die bloddingen Phantasien herstellen müssen, wie z. B.: Die Gewerkschaften treten für Verkürzung der Arbeitszeit ein und fordern gesetzliche Festlegung derselben. Sie treiben damit also Politik und sind somit anzufangen zu. Redner erinnert bei dieser Gelegenheit an die Vorgänge, die in die jüngste Zeit im reaktionären Russland Sachsen, sowie an die Schwierigkeiten, welche die bürgerlichen Verbände den Gewerkschaften in den Weg legen. Ebenso holte man in Preußen an der Rumpfversammlung der Reaktion alte, vergessene und verfaulte Pergamente, um sie gegen die Gewerkschaften anzuwenden, wovon die Begründer besonders einen Lach singen könnten. Damals kam das Schandgesetz von 1878, dem auch viele gewerkschaftliche Organisationen, welche Redner anführt, zum Opfer gefallen sind. Das nach § 152 der C. D. gewährleistete Koalitionsrecht war somit den Arbeitern gründlich illusorisch gemacht. Nachdem die Arbeitern sich eben der Neuordnung der Dinge angepaßt, kam der Potsdamer "Streitklaus", und das Ausbeuterthum triumphierte. Die Streiks, hinter deren endem einzelnen die Hände des Auftrufsu lauerten, sollten unterdrückt werden. Jede Regelung der Arbeiterklasse wollte man im Reime ersieden. Die wirtschaftliche Kritik nach dem Sozialchrysengesetz wurde von den Ausbeutern wölflich angemessen, um den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. Ein freies sozialistisches Vereinsgesetz forderte die Arbeiter, und eine Forderung des Reises der Versammlungs-, Vereinigungs-, und Freiheitlichkeit beabsichtigte man. Darum gelte es, sich fern von auszunehmen zu schließen, damit der Reaktion ein erfolgsreicher Widerstand geboten wird. Den Arbeitern steht die wirtschaftliche Vereinigung ausdrücklich fons Rechtschaffens (Werkverbindung) zu, mache man doch von diesem Recht Gebrauch und lasse man sich nicht in's Vorhoftor jagen. Man thue sich auf die Revolutionen, die man in Verlammungen fasste, viel zu Gute, die seien aber total verfehlt, so lange nicht der Majorzgremiumschaft in der gewerkschaftlichen Organisation erfolge und sie den gehörigen und Rechtfertigende Radikalität dahinter gesetzt werde! Die Gegner lassen sich durch solche papieren Beschlüsse nicht bangen machen, weil eben die Aktion scheitert. Die Arbeiter sollten sich ein Beispiel an der gut organisierten Ausbeutungs- und Unterdrückung Maschinenwerks der Gegner nehmen. Das mangelnde Interesse, welches die Arbeiter für ihre gewerkschaftlichen Organisationen beweisen, zeuge mit den Gedanken der eigenen Ohnmacht, der in ihren Herzen groß ist. Je mehr man aber selbst glaubt, daß die Ausbeuter übermäßig seien und die gewerkschaftlichen Organisationen für übermäßig halte, desto mehr werde man eine Reduzierung an den Löhnern und eine Verlängerung der Arbeitszeit erfahren! Die deutsche Arbeiterchaft soll die Lehren der englischen Arbeiterbewegung beherzigen, solle sich in großen mächtigen Organisationen an den bestrebenden Kampf, welcher gegen den "Umfang" geführt werden wird, rüsten und Mann für Mann in die Front treten und die Reaktion werde verjüngt wie die Nacht vor der Sonne! Diese Rede hätte vielleicht verdient, ein befreites und größeres Auditorium zu haben, als es die Altona-Ostendener Maurer an diesem Abend gestellt hatten. Denn kaum war das lebte Wort verflungen, so ging auch schon der leidige Streit los: ob Potsd. oder Central-Organisation. Dem reiste sich wieder das Geschimpfe an die „loriente Central“ und — wurden als Hauptanhänger der Organisation die „h o h e n“ Beiträge hingestellt. Man nennt die Beiträge von 30 & pro Monat und im Sommer 80 & monatliche Extrasteuern bei einem Lohn von 60 & pro Stunde viel zu hoch! Dieser Standpunkt wurde vorzugsweise von Schulz und Ellerbroek-Barmbeck vertreten, welch Letzter der Befrachtung den Bortmuck macht, daß die Maurerorganisation von 30.000 Mitgliedern auf ein Minimum zurückgeschrumpft sei, und spricht für die nach seiner Meinung aber bewährte Volksorganisation. p. T. führt hierauf in einer zweiten längeren Rede aus, daß man grade im praktischen gewerkschaftlichen Leben die Rechtmäßigkeit habe einzehlen lernen, die vereinzelt dastehenden und absolut ohnmächtigen Volksorganisationen, die lange nicht so stark am Mitgliederzahl gewesen seien, als gemeinhin behauptet wird, zu großen mächtigen und stolzhaften Organisationen auszubauen, welche sich über das ganze Reich erstreckten. Es folgt dann eine eingehende Erörterung über das Wesen der Organisationsform, wobei die Vortheile der Volksorganisationen und die Nachtheile der Volksorganisationen der Verammlung unzweideutig vorgeführt wurden. Doch die Maurer gerade nach jahrelanger gewerkschaftlicher Thätigkeit sich noch mit so mächtigen und steinlichen Streitereien abzuhalten, zeige, daß sie nichts Besseres zu thun hätten, und lasse erkennen, wie wenig sie zu ihrem Nutzen und Volumen aus der Bewegung gelernt hätten. Ebenso verhält es sich mit der Beitragsfrage. Die leidige Beitragsnorm sei für die Maurer gerade zu winzig, aber all die Einmände, wie „Familie“, „Schule“, „Erwerbsverhältnisse“ und dergleichen seien hinfällig. Kein Krieg koste Geld und das müsse aufgewendet werden, wenn man siegen will, und nur durch die Siege gehe, man der Gegnerschaft in Form höherer Löhne und starker Arbeitszeit ja die Kriegskontribution auf. Wer das nicht begreifen könnte, sei zu bedauern. Wer nichts für die Organisation aufwenden wolle und an niedrige Beiträge glaube, könne niemals von der

Organisation Erfolg erwarten. Die weiteren Einwände gegen die Volksorganisation bezüglich des Staatsanwaltschen und polizeilichen Maßnahmen des Kleinstaates gegen die gewerkschaftlichen Organisationen seien auch richtig und sprächen für große Wachsamigkeit aller, die damit argumentieren. Bei einiger Einsicht und Energie lassen sich diese Schwierigkeiten schließlich überwinden. Wer aber immer und ständig vor der Gewaltsherrschaft stehet zu Kreuze stieche, erreiche selbstverständlich nie etwas! Und was die Korruption in der Leitung angehe, sei es Schuld der Mitglieder der Organisation einzigt und allein, wenn sie solche dulde, aber nach seiner Meinung, Meinung sei die jetzige Leitung schuldlos. Früher sei schwer die Mauer-Organisation gefündigt worden, dafür könne die jetzige Leitung nicht verantwortlich gemacht werden. Die Mitglieder selbst hätten früher besser aufpassen sollen. (Aum. d. Red.) Es hätte wohl nicht geschadet, wenn der Herr Referent klarlegte hätte, wann und von wem „schwarz au der Mauer“ Organisation gefündigt worden. — Haft alle folgenden Disziplinsredner wettern in ihren mehr oder minder laien Ausführungen gegen die „hohen“ Beiträge und treten für einen Loyalverband ein, besonders hält sich unter diesen B. r. g. g. e. m. o. n. u. Hamburg, hervor, welcher sie seine Motivierung der niedrigen Beiträge mit Bassalle und für die der Ohnmacht der Gewerkschaftsbewegung bei zunehmender Kapitalconcentration mit Bebel als Generalbeleger in's Feld zieht, welche Einwände vom Referenten auf's Schlagende widerlegt werden. Nach einer fast endlosen Debatte, die beiderseitige Erwiderung zu Evidenz erkannten ließ, daß die Maurer Altonas und Orléans, soweit sie durch die meisten Redner des Abends repräsentiert wurden, sich ganz bestimmt nicht auf der Höhe der gewerkschaftlichen Erkenntnis bewegen, wurde beschlossen, für die nächste Versammlung den Punkt: Central- oder Volks-Organisation aber mal auf die Tagesordnung zu setzen und zwar ohne Referenten, damit die Mitglieder unbeeinflußt durch Abschaltung für oder gegen Central-Organisation votieren. (Aha! D. Red.) Wandschef. Am 20. Oktober fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Büros des Centralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Infolgedessen, daß unser zweiter Kassier anderweitig in Erscheinung trat, mußten wir wiederum einen zweiten Kaiser wählen. Gestohlt wurde A. Sackau. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Vorstand“, führte E. F. T. an, daß auf dem Bau Bramfeld's in Hinsenfelde ein Stundenlohn von nur 45 & geahndet worden ist und wie dies unter seinen Umständen eintreten lassen dürfen, sondern energisch für unseren Vorstand, welcher für Hinsenfelde mit günstig ist, einzutreten hätten. Redner stellt hierzu den Antrag, die Verwaltung möcht sie mit den betreffenden Verbandsmitgliedern in Verbindung legen und ihnen mittheilen, daß sie sich auf die Anordnungen nicht aufzukommen, als ausgeschlossen zu betrachten hätten. Dieser Antrag wurde mit dem Zusatz von Burmester, erkl mit dem Unternehmer zu sprechen, angenommen. Im Punkt „Beschlußes“ fragt B. E. i. m. a. n. n. an, wie wir es mit der Fleischentstüpfung in diesem Winter halten wollen. Beschlossen wurde, 30 & zu zuzahlen und 30 & für Schlachtgeld anzurechnen, wofür der Kassier einen Schein an den Bergerschmidt abzugeben hätte, damit nicht wieder, wie in früheren Zeiten, das Geld auf anderen Herzogen verzeugt wird. — Verkündigung. In dem in Nr. 43 enthaltenen Bericht sind die Mitglieder Kettensell und Schröder kritischmässig als Schulden gestrichen angegeben. Es erfolgt hierunter der Widerspruch, da dieselben in letzter Stunde sich zur Abstimmung bereit hielten. Eine Nichtstaltung in Nr. 44 war umstands halb nicht ausführbar. Elmsborn. Am 28. Oktober tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Büros, welche sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Nachdem die Beiträge erhoben und ein Mitglied sich hatte aufzutun lassen, verlas der Bevollmächtigte die Namen der wegen Schulden gestrichenen Mitglieder. Die Versammlung beschloß, diese Namen im „Gründstein“ zu veröffentlichen. Dieselben lauteten: 17227, J. Orléans; 82508, J. Wagner; 17250, P. Müller; 17278, C. Regel; 47974, H. Wolters. Da wegen unregelmäßig erhaltenen Lohnes eingesetzten Mitgliedern bestätigt, daß die Lohnauszahlung zu wiederholten Maleen aufgesetzten sei. — Dieselben wurden in Kenntnis gebracht, daß sie folgende Fälle wieder vorkommen sollten, dieses sogenannte der Lohnkommission mitzutheilen haben. Hierauf referierte Kollege Wohr über: „Barum, müßten wir uns organisieren?“ Redner legte in klaren Worten den Werth der Organisation dar, dabei die englische Arbeiterbewegung in's Feld führend. Redner führt die verschiedenen Thatsachen, woran unsere Organisation noch zu leiden hat, an und wies nach, daß dies größtentheils an der Gleichgültigkeit der Arbeiter liege und sehr organisierte Kolleges es für nicht möglich mache, diese so Dahinstehenden aus ihrem geistigen Schlaf zu erwecken. Es sei ferner nicht genügend, nur die zur Organisation erforderlichen Beiträge zu entrichten, sondern die Verhandlungen müßten befürdet werden, denn diese seien nebst der Presse dazu da, dem Arbeiter Aussicht zu verschaffen. Redner schloß seinen mit Beifall angenommenen Vortrag mit den Worten: Ein halber Mann, dess' Tage schwinden! In selbstlosiger Vergessensheit; Du mußt im Auseinander mit empfinden Den hohen Wellenschlag der Zeit. Und wenn im Kampf die Jahre schwanden, Sei froh auf Deines Hauptes Schne. Wenn Du in Reis und Blod gestanden Mit den Soldaten der Idee. Hierauf wurde von den Parteilichsparten berichtet, daß die leidliche Kartellisierung sich u. A. mit der Frage beschäftigt habe: „Wie ist die Sonntagsabstinenz in den verschiedenen Gewerben verherrlicht?“ Die Debatte hat das Resultat gezeigt, daß die im Kartell vertretenen Gewerkschaften hierüber Statistiken führen sollen, welche dem Kartell vorzulegen sei. Die Versammlung rügte die von einigen Kollegen geleistete Sonntagsarbeit und beschloß, diesem Treiben ganz Einhalt zu gebieten. Die rechtliche Abrechnung vom dritten Quartal wurde von der Versammlung für richtig anerkannt. Hierauf wurde beschlossen, die Beiträge für das schon zwei Jahre franz. Mitglied W. Neumann, so weit es dem Statut gemäß verpflichtet ist, aus der Volksstufe zu begießen. Derner wurde angerufen, in der nächsten Versammlung wieder einen Vortrag halten zu lassen. Die Festlegung der Tagesordnung zur nächsten Versammlung wurde der dritten Verwaltung überlassen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte. — Die Kollegen, welche ihr Statistikbuch bei der Abholung nicht fertig hatten, werden hiermit aufgefordert, dasselbe

bis spätestens Sonntag, 11. d. M., bei der örtlichen Verwaltung abzuliefern, daß in der nächsten Mitgliederversammlung über das Ergebnis berichtet erstattet wird. Neustadt i. M. Am 22. Oktober lagte hier eine öffentliche Maurerversammlung, zu welcher Arbeiter aller Branchen erschienen waren. Referent war der Redakteur S. C. H. aus Hamburg. Selbstreferat über das Themen „Die Entstehung des Handwerks und sein Untergang“. Er legt in anschaulicher Weise klar, wieviel unsere Lage eine so leidbare ist. Schon im Mittelalter hatten sich die Handwerker organisiert, um dem Drude der Arbeitgeber einen Damm entgegenzusetzen. Der Arbeiter wird heute derartig ausgenutzt, daß bei der bedeutenden Erbschaft von Arbeitern durch die Maschinen tausende von Arbeitern mit ihren Familien der Nöth preisgegeben sind. Die Maschinen sollen aber nicht nur einen Dienst zu Gute kommen, sondern der gesamten Menschheit. Bei demjenigen Vogt, der gezahlt wird und in den meisten Fällen zur Erziehung der Familie nicht ausreicht, ist die Frau gezwungen, mitzuarbeiten und kann somit ihren Kindern als Mutter nicht nachkommen, wodurch die Erziehung der Kinder leidet. Daher finden wir auch, daß in der letzten Zeit so oft Kinder unter 14 Jahren die Ansagebank ziehen. Gegen diese traurigen Zustände gibt es nur ein Mittel, die „Organisation“. Die Arbeiter können in geschlossenen, starken Organisationen den Ausbeutungsgesellen der Unternehmer wissentlich entgegentreten. Die Organisationen sollen aber auch den Brodt haben, den Verstand der Arbeitersmassen zu bekämpfen. Es ist Pflicht eines jeden aufgeregten Arbeiters, mit der Auflösungsfähigkeit bei seiner Frau zu beginnen, damit diese ihm eine Söhne und nicht, wie schon vor vorgenommen ist, eine Gegnerin im Kampfe gegen das Ausbeuterthum wird. Es ist aber nicht genug, daß der Arbeiter seiner gewerkschaftlichen Organisation angehört, nein, er muss auch die politischen Organisationen der Arbeiterklasse angehören, da beide Organisationen zusammengehören. Nachdem sich noch einige Beratungssitzungen beider im Sinne des Referenten getroffen haben, erhält Rechteiter das Schlüsselwort, in welchem er ausdrückt, daß jederthalbjährig an dem Ausbau der Organisation arbeiten möge. Der Redner erinnerte sehr für den Vortrag reicher Beifall. Rostock. Am 27. Oktober fand unsere regelmäßige Versammlung statt. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und das Protokoll verlesen, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt berichtete Kollege Karow vom Gewerkschaftsbüro. Zum zweiten Punkt, Befreiung über Aufnahme derjenigen Kollegen, die im Jahre 1890 dem Streit entgegengestellt sind, entwickelte sich eine lebhafte Debatte und gingen die Ansichten für und gegen die Aufnahme der sogenannten Streitbrecher. Da sich nun von den Kollegen einer Meinung lassen lassen, wurden schließlich drei Anteile gestellt. Der Antrag des Kollegen Maaschling dagegen, daß diejenigen Kollegen, welche nach dem 8. Juli 1890 angefangen haben, wieder aufgenommen werden. Kollege Schönfeld beantragte, daß überwiegend keiner von ihnen aufgenommen werden soll, und Kollege Pohl stellte den Antrag, daß alle Kollegen wieder aufgenommen werden, ob sie vor oder nach dem 8. Juli zu arbeiten angefangen haben, die Versammlung solle jedoch über Aufnahme jedes Einzelnen beschließen. Der letzte Antrag wurde angenommen. Zum dritten Punkt, „Beschlußes“, wurden die Namen der Mitglieder verlesen, die schon längere Zeit ihren Beitrag fürsdielten, sie wurden erucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Nachdem noch über innere Angelegenheiten gesprochen, wurde vom Vorsitzenden die Versammlung geschlossen. Neuruppin. Am 30. Oktober tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung unserer Büros. Nach Erledigung der geschäftlichen Formalitäten erfolgte die Vorlage der Abrechnung von dem am 27. Oktober stattgehabten Vergnügungen. Die Abrechnung ergab einen Überschuss von M. 540, welcher dann einem gesuchten Beschuß gemäß den aufgesperrten Brauerei-arbeitern als Unterstützung zugestellt wird. Nachdem dann Kollege Karow einen Artikel vorgelesen hatte, machte der Vorsitzende bekannt, daß am 15. November im Palais des Herrn Gantcho eine öffentliche Maurerversammlung stattfinden wird, in welcher Kolleg. Paul-Lud. Hannover zu referieren beabsichtigt. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitieren, schloß der Bevollmächtigte die Mitgliederversammlung. Görlitz. Am 28. Oktober fand die regelmäßige Mitgliederversammlung unserer Büros statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Formalitäten erfolgte die Vorlage der Abrechnung von dem am 27. Oktober stattgehabten Vergnügungen. Die Abrechnung ergab einen Überschuss von M. 540, welcher dann einem gesuchten Beschuß gemäß den aufgesperrten Brauerei-arbeitern als Unterstützung zugestellt wird. Nachdem dann Kollege Karow einen Artikel vorgelesen hatte, machte der Vorsitzende bekannt, daß am 15. November im Palais des Herrn Gantcho eine öffentliche Maurerversammlung stattfinden wird, in welcher Kolleg. Paul-Lud. Hannover zu referieren beabsichtigt. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitieren, schloß der Bevollmächtigte die Mitgliederversammlung. Berlin. Am 28. Oktober fand die Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung ließen sich vier Anträge aufnehmen. Im „Beschluß“ wurde von unserem Bevollmächtigten die Verneinung unseres Stiftungsfestes, dattet vom 24. Oktober, fundgetan. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Ihrem Gesuch vom 22. d. M. um Feststellung eines Landesgründens am 27. d. M. über 12 Uhr Nachts kann nicht zugegeben werden, da nach den angestellten Ermittlungen das Vergnügen als ein öffentlicher im Sinne der Amtesordnung vom 11. Oktober 1860 angeleszen werden muß, derartige Vergnügungen nach der Verfassung des Königl. Regierungs-Präsidenten hier selbst vom 7. Juni d. J. an den Sonnabenden über 12 Uhr Nachts hinaus nicht gebündet werden sollen.“ Anders wäre es wohl, wenn wir nicht Männer wären, so ist z. B. dem vom Gesangverein eingereichten Besuch stattgegeben, ein Tanzabend abzuhalten, zu welchem auch Gäste eingeladen werden, und zur Erhebung eines Tanz-Entrees. Unter Stiftungsfest fand dann am 28. Oktober statt, zu welchem unser Wirth mit A. 8 Vergnügungssteuer bedacht wurde. Die Einziehung der städtischen Bürger ist immer noch sehr ungern, weil die Kollegen es nicht der Wirth werth halten und es im Gegenbeitrag für eine drückende Last ansehen, daß sie mal ihren Vogt im Jahr übersehen und zahlenmäßig fehlstellen, wie sie sich damit einschränken müssen. Aber zwei Drittel der Mitglieder lässen, während nur ein Drittel wacht. — Nach Einziehung der Beiträge erfolgte Schluß der Versammlung. Stettin. Am 1. November fand eine öffentliche Maurerversammlung im Palais des Herrn Dobronz unter dem Vorsitz des Kolleg. B. B. w. i. T. im und Winkel statt, in welcher Kolleg. Stanig einen sehr lehrreichen Vortrag über die Rechtmäßigkeit gewerkschaftlicher Arbeitervereinigungen hielt. Wer einigermaßen Einbildung in das wirtschaftliche Betriebe und die Entwicklung unserer Produktion gewonnen habe, würde die heutigen, so häufig auf uns lastenden Zustände als eine natürliche Folge der gesellschaftlichen Errichtungen erkennen. Die Arbeitszeit des Menschen verlieren immer mehr an Wert. Durch Maschinen würde ein großer Theil der Produkte hergestellt und ungezählte Arbeiter beschäftigunglos aus das Werkstätten geworfen. Das Angebot von Arbeitsplätzen sei in ungeheurer Masse vermehrt und die natürliche Folge davon sei

das hämige Sinden des Arbeitslohnes. Noch mehr aber als die plaudige Verschlechterung unserer Lebenshaltung löste die Unzufriedenheit der Christen schwierig auf uns. Niemand von uns wisse, ob er nicht morgen auch beschäftigungsfrei werde. Der Referent wies auf die Organisation hin und forderte die Anwesenden auf, sich immer fester aneinander zu schließen, denn in Siettin müsse dieser Zustand einen Einhalt geboten werden. Nur durch gemeinsames Handeln werden wir vorwärts kommen. Nachdem die Kollegen Räming und Schmidt die Ausführungen des Referenten unterstellt hatten, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung Kollege F. Schmidt als Delegierter zum Gewerkschaftsrat gewählt. Im "Verchiedenen" wurde über den Bau Altmann diskutiert, wo die Mauer die Arbeit wegen zu geringen Lohnes, 82½ Pf. pro Stunde, eingeschlossen haben. Die Kollegen sind gemüthigst worden. Zehn haben Bürger angefangen, während 35 & versprochen wurden, sie bekommen aber auch nur 82½ Pf. Diese Kollegen waren nicht im Verband; drei davon haben sich aufnehmen lassen. Sie haben unterschieden müssen, was das Preisen und Schneckenstreit verhindert sei und daß sie "anständig und gesittet" gegen den Baumeister sich zu verbalken haben. Herr Altmann soll unter dem Eindruck des Pastors Mans stehen, well er bei ihm wohnt. In seinem Schlumkort forderte der Referent die Kollegen nochmals auf, sich der Organisation anzuschließen.

Dresden. Am 20. Oktober tagte im großen Saale des "Trionon" eine öffentliche Maurerversammlung. Neben dem beworbenden Wahl zur Ortsräteversammlung referierte Kollege Molle; derselbe schrie aus, die Krankenfassen seien wohl nicht zu unterschätzen, nur die Bauhandwerker zeigten dafür zu wenig Interesse. Genau wie sie die Organisation hinstellten, so summerten sie sich auch nicht um Krankenfassungsangelegenheiten, und doch sollte der Arbeiter die wenigen Rechte, die er in den örtlichen Gesellschaften hat, so viel wie möglich ausnutzen. Am nächsten Mittwoch seien die Arbeitervertreter zur Ortsräteversammlung zu wählen, und da die meisten Mauerer der Ortsklasse angehören, so ist von der Organisation Stellung dazu genommen, um Zeit, die gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, hineinzubringen. Die leibigen Vertreter der Baugruppe in der Ortsräteversammlung seien in Wirklichkeit keine Vertreter der Arbeiter, indem die Partei in entgegengesetzter Meinung handeln und die Neubürger von der Innung hineinlangen. Besonders sollten die neugewählten Delegierten sich zur Aufgabe machen, zu verlangen, daß das Werkzeugamt eingemietet werde, welches für die Bauhandwerker verhängt sei, um so den Arbeitgeber die Kontrolle auf entziehen. Heute jeder Unternehmer aus dem Mitgliedsbuch, wie lange der betreuende Arbeitgeber bei diesem oder jenem Unternehmer gearbeitet habe, das müsse bestätigt werden durch Einsicht in das Werkzeugamt. Auch ging der Referent mit der hier befindenden Maurerkollegen (auch "Wackerfasse" genannt) stark in Kritik und geißelte ihr Verhalten gegenüber der Organisation, indem diese Elemente nur hemmen sollen, der modernen Arbeiterbewegung entgegenzuwirken. Sodann wurden 16 Kollegen als Delegierte und zwar 8 ältere und 8 als Erfahrmänner gewählt. Darauf erfolgte die Abrechnung des Betriebsmannes vom letzten Quartal. Da der Betriebsmann, Kollege Höhlsch, nicht zugegen war, wurde die Abrechnung unter Aufblümung der Versammlung von einem Redner verlesen. Die Ernennung wurde betrügt. Raffenbestand vom vorigen Quartal M. 129,87, vierfachjährliche Einnahme M. 1668,70, Summa M. 1792,57. Ausgabe: An die Hauptkasse M. 1116,-- lokale Ausgaben M. 402,20, Summa M. 1518,20. Bleibt Raffenbestand M. 273,87. Die Mitgliedsbeiträge betragen am Schluß des Quartals 907. Zum Schluß forderten noch einige Kollegen energisch zur Agitation auf und wurde mit einem Hoch auf die deutsche Mauerbewegung geschlossen.

Widnau. Am 14. Oktober wurde hier eine öffentliche Maurerversammlung abgehalten, zu welcher Herr Goldstein als Referent gewonnen war. Im Allgemeinen sprach er von der gegenwärtigen nöthigen Lage, die schon zu einem Weltkrieg übergegangen sei. Von einer Krise: nur im eigenen Lande könne nicht mehr gebrochen werden, da die Naturverhältnisse der verschiedenen Erdteile verschiedene seien und so der Verkehr untereinander unbedingt erfolgen müsse. Durch technische Fortschritte und gegenseitiges Überleben der Produktion, das nur daraus gerichtet ist, den Konkurrenten zu überholen, werde der Markt mit Waren überschwemmt und anderseits die Lebenshaltung des Arbeiters durch geringe Löhne heruntergebracht, wodurch die Kaufkraft des Volkes gelähmt würde. Konkurrenz und Krise müssten in Wasse folgen, was am schwersten der Proletarier zu tragen hat. Dass der Arbeiter seine Lage durch strikture Organisation beenden könne, sei sicher, und es müsse daher jeder darauf sehen, daß, wenn der Geschäftsgang ein besserer werde, ein Vortheil für ihn mit herausprangre. Die gut besuchte Versammlung sollte dem Referente allgemeine Anerkennung.

Am 27. Oktober referierte Kollege Höhlsch vor einer von 65 Personen besuchten Versammlung über "Armut und Kapitalismus". Der Referent wußte aus der Geschichte nachzuweisen, dass sich das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter höchst geändert habe, aber immer bleibe der Letztere ein Spielzeug des Unternehmers. Weiter streifte er die englischen Verhältnisse, wo die Arbeiter ähnliche Kämpfe zu bestehen hatten wie jetzt in Deutschland. Besonders betonte er, dass die Lebenshaltung der Arbeiter niedriger sei, als bereits von vielen Autoren als unbedingt erforderlich festgestellt worden ist. Zum Zwecke der Erbringung einer besseren Lebenshaltung sei es nötig, dass die Arbeiter sich organisieren. Gedacht sei dies hier in Sachsen etwas schwerer als andernorts, wie Redner durch verschiedenes Beispiel bestätigte, aber auch dieses werde überwunden. Redner schloss unter lautem Beifall der Anwesenden. Zur Sache sprachen noch Ernst Berger, Heinz und Hermann Berger.

Bielefeld. Am 31. Oktober fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhofs statt. Nachdem die Beteilige erhoben waren und sich zwei Kollegen hatten aufnehmen lassen, erstaute die Volkskommission Bericht, dieselbe empfahl als geeignetes Lokal dasjenige des Büros des W. Fohrmann, Webschreiber. 4. vor kurzem dieses Lokal von der Versammlung eingeschaut als unser Vereinslokal bestimmt wurde. Die Kollegen werden erfreut, recht zufrieden in dem neuen Lokal zu erscheinen. Dann wurde bekannt gegeben, dass Kollege Güttlein aus Bremen am 6. November in obigem Lokal in einer öffentlichen Bauhandwerkerversammlung sprechen wird. Unter "Verchiedenem" wurden die Kollegen von mehreren Seiten aufgefordert, häufig für die freitenden Weber und Webberinnen einzutreten,

damit dieselben nicht der Willkür des Kapitals zum Opfer fallen. Dann wurden noch einige Angelegenheiten erledigt und hierauf die Versammlung von Vorwänden gelöst.

Münster. Am 31. Oktober sollte hier eine öffentliche Maurerversammlung stattfinden, dieses war jedoch nicht möglich, da für diesen Tag kein Vorsitz für diesen Zweck zur Verfügung stand. Nun wurde zum 1. November eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, auch diese wäre bald geöffnet, denn der Volkswahlrat erklärte, die Versammlung wäre nicht zu finden, weil ihn die wohlbürtige Ortspolizeibehörde mit der 11 Uhr-Polizeistunde beobachtet hätte. Nach längerer Unterhandlung erklärte er sich jedoch mit der Abhaltung der Versammlung wieder einverstanden. Nach Erledigung des ersten Punktes, in welchem sich mehrere Kollegen aufnehmen ließen, sprach Kollege B. von Loos aus Flensburg über die Entwicklung der Technik. Er legte in einem 1½-stündigen Vortrag klar, wie die Dampfkraft und die technische Wissenschaft den Arbeiter leichter unterstützen, aber im Großen und Ganzen mindestens, da sie doch hauptsächlich für den Profit des Kapitals ausgenutzt werden. Er führte einige Beispiele an, wie die Dampfkraft nicht allein früher das doppelte Kohlenquantum verbraucht, sondern auch heute in einem Zeitraum von 8–10 Tagen dieselbe Strecke zurücklegen, für welche sie früher Monate lang benötigten. In der Papierindustrie sei die Maschine sowohl in Anwendung, daß sie in derselben beschäftigten Arbeiter den Qualitätssatz gleichstehen. Was die Dampfkraft anbetrifft, so wird der Arbeitslohn so heruntergedrückt, daß es eben nicht möglich wäre, davon zu leben. Nur in unserem Gewerbe sei die Maschine nicht direkt in Anwendung, man habe es wohl schon verdrückt, jedoch habe sich dieses nicht bewährt. Über zu den Einrichtungsarbeiten, wie z. B. Möbelmachinen, Steine und Märsel zu transportieren, werden Maschinen verwendet und somit ein großer Theil der Arbeiter arbeitslos auf die Landstrasse getrieben. Redner schloss seine Rede mit der Bitte an die Kollegen, möglichst zu agitieren und den uns fernstehenden Kollegen die Theilnahme an der Organisation an's Herz zu legen. So die Zeitreise noch 12 Stunden röhrt, solle man für 12 Stunden, wo ja 12 Stunden wählt, für 11 Stunden pro. agitieren, und in geschlossenen Meilen den Kampf mit dem Kapitalismus aufnehmen, dann würde der Sieg nicht fernstehen. Zum Schluss stellte Klein-Baum die Wohnungsnachfrage hier am Orte. Um Punkte "Verchiedenes" wurden mehrere Kollegen über die Lebendigkeitstage. Da die Zeit verstrichen, schloß der Vortragende Stumpf die Versammlung mit dem Aufruf an den Referenten, dem leibigen Vertreter des Vortrag und der Erneuerung an die Kollegen, die Worte des Referenten wohl zu hören und darnach zu handeln.

Singen a. S. Am 28. Oktober fand in der Brauerei Stumpf die Mitgliederversammlung der Brauerei Konzilius statt. Der Vorsitzende Rauh in einer erläuterte die Verhältnisse der Konzilius Brauerei, welche sich in Regung auf die Erntefesten als geradezu unverträglich gestellt. Weiter erläuterte Redner, daß der hiesige Bevölkerungsanteil, Edling, zur Niedergabe seines Unterrichts gestanden waren, bei weitem darüber seine Pflichten vernachlässigt habe, und wurde sofort zur Strafe gezwungen und der Brauerei als Bevölkerungsanteil gewählt. Die hiesigen Kollegen waren ob der Niedrigkeit des heutigen Bevölkerungsanteils unzufrieden, denn daß Verbraucher zu demselben war schon seit einiger Zeit gewesen. Dann wurde beschlossen, zwecks besserer Haushaltung des Unterrichts einen stellvertretenden Bevölkerungsanteil und einen stellvertretenden Lehrer zu wählen. Als stellvertretender Bevölkerungsantiquitier wurde Kollege Deich und als stellvertretender Kollege Freischwab gewählt. Mit dem Wunsche, daß die Kollegen es sich zur Aufgabe machen, den unbefreiten Arbeitern die Nutzen zu öffnen, wurde die Versammlung geschlossen.

Strasburg i. E. Am 28. Oktober fand die zweite Mitgliederversammlung unserer Brauerei statt. Die Mitglieder fanden wieder auf 3. Sonntag jedes Monats, Vormittag von 10–12 Uhr, abgehalten. Außerdem sind jeden Sonntag von 10–12 Uhr im Vereinslokal Vorhandenheitszettel anwendend, um bestehende Kollegen in den Verband aufzunehmen. In der Versammlung wurde beschlossen, daß es Pflicht aller Mitglieder sei, der Verbildigung eines verordneten Mitgliedes beizuhören, unterdessen eine Stoffausgabe von 20 Pf. beim Richterdiener zu entrichten ist. Entlastung ist ausgeschlossen. In Schürkontrolleuren wurden die Kollegen Ost und Fußgäng gewählt.

NB. Den Mitgliedern diene hiermit zur Nachricht, daß ein jeder Betriebskollege den "Glocken" durch die Privatpost angestellt bekommt. Wegen Nichtzuführung der Zeitung trende man sich an Wih. Baust, Gr. Stadlgasse 9.

Bauhandwerker.

Teterow. Am 28. Oktober hatten wir im Lokale des Herrn Bühr eine öffentliche Versammlung der Mauer und Bauhandwerker, in welcher Kollege Stelling aus Hamburg über "Das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation" unter dem Titel der Ausweitung sprach. Die Versammlung war von 40 Mann besucht. Nach Schluss der Versammlung wurde ein dreistöckiges Hotel auf die Organisation aufgebracht.

Schmölln S. A. Am 1. November lagte im Gasthof "Zur Wartburg" eine schwach besuchte öffentliche Bauhandwerkerversammlung unter dem Vorsitz des kleinen H. en c. und O. h. e. m. e. Kollege Höhlsch aus Dresden referierte über das Thema "Kapitalismus und Demut". Seiner arzt zunächst einen Blick auf die Verhältnisse in England, die sich dort befinden, gegen das Ende des Mittelalters der irische Geogenstag zwischen Westländern und Nordländern mit der Erziehung der Wollmanufaktur herausgezogen habe. Durch unrechtmäßige Erziehung des Eigentums der steinernen Grundbesitzer von Seiten des Adels wurden die Ersten mittel und heimtales und dem Lande bald eine Last, da sie jeglichen Überunterhaltes bat, nun die Landstrassen bevölkerten, sofern sie nicht durch Beschäftigung in der Wollmanufaktur ihr Leben künftig bestreiten konnten. Dies durch den Adel gesetzten Maßnahmen ließen, sofern die Regierung durch gezielte Streng zu bestrafen. So wurden unter Heinrich VIII. 72 000 Soldaten zu Zielen geworben. Bauern hingerichtet und auch räuberisch der Regierung Elendsfonden von 800–1000 an den Bogen. Der stetig ausbrechende Handel Englands trug noch mehr dazu bei, an der einen Seite den Kapitalismus, auf der anderen die beschäftigten Arbeiterschaften zu schaffen. Durch das Verbot der Organisationen von Arbeitern half die Regierung deren Lage nur noch verschärfen. In Deutschland waren es zunächst im Mittelalter die Beamten der Gutsverwaltung welche durch Annahme der Miete der kleinen Grundbesitzer schmälerten und sich schlecht zu Herzen des

Landes erhoben. Während ursprünglich die Bauern berechtigt waren, zu sagen und ihr Recht zu meiden, wo es ihnen beliebte, sofern sie dies Herren unter durch List oder Gewalt in den Besitz des Grundbesitzers brachten. Besonders war dies in Ost und Westdeutschland der Fall. Gegen die Landesherren, wie sie sich auch zur Zeit der Reformation unter den einzelnen Herrschern zeigten, wandten sich besonders die beiden Reformator-Luther und Melanchthon sehr stark. Gerade um jene Zeit entstand der Großherzogtum. Eine im Jahre 1799 in Mecklenburg aufgestellte Statutart führte die Zahl der kleineren Grundbesitzer mit 12 545 auf, während man 50 Jahre später (1849) deren nur noch 1213 zählte, das Eigentum des Überlegten also von dem Großherzogtum vertrieben worden war. Doch auch dem Gewerbe blieb ein nachteiliger Umstoss nicht erspart, denn durch den allmälig auslöschenden Handel und Verkehr wurde auch stetig die Konkurrenz. Man suchte durch Maßnahmen die menschlichen Arbeitsträger zu erkranken und dadurch die großen Herren Arbeitssparer. Eine vor einigen Jahren vom Staate aufgestellte Statistik, wie viel Personen Armeunterstützung benötigen, wie die enorme Ziffer von 1 593 886 auf. Etwa gleichen Schaden auf die bestehenden Verhältnisse werden auch die Berichte der Steuereinführungskommissionen in Sachsen, wonach vorliegend 42 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen ein Einkommen von weniger als M. 600 haben. Die vor längerer Zeit von einem Amtsvertreter im schlesischen Weberschiff angestellten Ermittlungen bezüglich der Höhe des Gewerbees ergaben ein noch traurigeres Resultat. Nach diesen erschüttern die dortigen Weber, mit der ganzen Familie arbeitend, in drei Wohnhäusern eingehüllt, einen Tagedienst verdient von: 1. Klasse 73 3/4, 2. Klasse 54 3/4, 3. Klasse 26 3/4. Ein Pastor dorthin Gegend ermittelte in seinem Kirchspiel nur drei schwerpunktige Personen: den Lehrer, den Mühlensießer und den Lehrer, während alle übrigen Bewohner ein jährliches Einkommen von unter M. 200 haben. Im Weiteren verbreitete sich Redner dann noch über die Koalitionsfrist der Arbeiter in den verschiedenen Ländern, um zuletzt auf die Verhältnisse im Baumgewerbe einzugehen. Als besonders nachteilig auf derselbe einwirkend erkannte Redner das Submissionsvertrag. Mit einer energischen Aufforderung an die der Centralorganisation noch fernstehenden zum Anschluss an dieselbe. So der Brauer feinen mit sehr großem Erfolg aufgenommenen Vertrag. Kollege Höhlsch erkannte unter Blumung seltens der Versammlung, daß der Ertrag der Tellerzählung einer durch Aufzeichnung ihres Erträgers beruhenden Unterzählungshilfe liegen sollte. Kollegen das Centralverbande zum Beitrag in die hiesige Baugewerbe des Centralverbands des Gewerbees deutlich forderte. Nach einem Schlußwort des Referenten, welches in einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeitserziehung endete, erfolgte Schluß der Versammlung.

Dresden. Am 22. Oktober fand hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Kollege Höhlsch aus Dresden über das Thema "Kapitalismus und Demut, mit besonderer Beziehung der Baugewerbe im Baugewerbe" referierte. Besonders ist es um, daß diese Versammlung sehr schlecht besucht war; man sollte glauben, daß jetzt bei der kurzen Arbeitszeit der Arbeiter besser besucht würden, hieraus kann man aber sehen, welche Unzufriedenheit die Kollegen der ganzen Gewerbebewegung schenken, dann es waren leider auch wenig organisierte Kollegen anwesend. Nach diesem Vortrag gab noch der 2. Vortrag, Kollege Giebert, seinen Bericht von der jüdischen Baugewerberorganisation Kollegen, von erwartet von Giebert, daß fortan die Versammlungen besser besucht als bisher. Findet einmal eine gewerkschaftliche Sitzung statt, so kann sie auch die politischen Zögeln, zwisch' wird es nicht. Trotz des schwachen Blutes stehen sich am Schluss der Versammlung noch drei Kollegen in den deutschen Bauhandwerker einzulegen.

Überwesel. Eine öffentliche Versammlung des Bauhandwerker und Fleißer tagte am 29. Oktober im Hirchelsfelder Hof mit der Tagesordnung: Wie ist eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe möglich? Der Referent, Kollege Höhlsch aus Bremen, bewies an der Hand statistischer Mitteilungen, wie traurig die Lage des Arbeiters ist und wie das Großkapital alles an sich reicht und das, was ihm hierbei in den Weg kommt, vernichtet und verwüstet. Aus dieser Lage kann nur ein steter Zusammenhalten der arbeitenden Volkes, welches nur in der Organisation zu führen ist, die Arbeiterrasse retten. Nachdem der Referent noch den hohen Wert der Organisation betont, und alle Kollegen aufgerufen hatte, dass er weiter in den Verband einzutreten, erläuterte Redner im Schlusswort den Werth des Lohns unter Hinweis auf das Kapital, daß seitens mehrerer Gleichen die Wohlmeint nicht angenommen werden, ja, daß die Regierungen wohl über die Lohnzulage einflussen müssen. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Stuttgarter.

Tortmünd. Am Sonntag, 28. Oktober, fand hier eine öffentliche Stuttgarter Versammlung statt, in welcher Kollege Sittmann, z. B. in Esslingen, über das sehr zeitgemäße Thema referierte: "Welchen Einfluß hat die lange Arbeitszeit auf den gewerkschaftlichen Zusammenspiel des Arbeiters aus?" Einleidend bedauerte Redner den Mangel an statistischem Material von Ländern mit überwiegend langer Arbeitszeit; dagegen sei Material genügend vorhanden, welches die enormen Nachteile und schädigenden Einflüsse der übermäßigen Arbeitsdauer bestätigen. Als unverträgliche Beweismittel führte Redner recht anschaulich die Kundgebungen des Berliner Arbeiterkongresses und die statistischen Erhebungen der Kranken- und Unfallversicherungsgesellschaften an, welche jeden Vorurtheilestreiter die rapid zerfallende und schädigende Wirkung übermäßiger Anstrengung aufweisen. Redner legte, Redner wird diesbezüglich auf die Berufe wie Müller, Müller, Steinmetze etc. hin, welche infolge überlanger Arbeitszeit einen ganz vorwörenden Prozentsatz ihrer Angehörigen durch Lungenschwäche und andere Krankheiten verlieren. Und nicht zum Beweis durch Lungenschwäche ihren ständigen Einfluß auf das Fortschreiten der Arbeitseinschränkung der Stuttgarter aus, welche ohnedies durch die Art ihrer Verhältnisse so manigfachen Verlusten unterliegen. Redner erwähnt Redner den Einfluß der langen Arbeitszeit auf die geistigen Funktionen des Menschen, welcher ist oft u. H. bei den mit unglaublichen Arbeitsstunden und schwülten Weißerarbeitern, in so elatanten und folgen schweren Weiß hervorgeht. Da nun ferner feststeht, daß die lange Arbeitszeit fürt eine Verkürzung der Erholungsweise nach sich zieht, welche die Gesundheit ganz besonders beeinträchtigt — denn „was der Mensch ist, das ist er“ —, so ist zweifels-

ohne die demoralisierende Wirkung der Arbeitsüberfüllung festgestellt. Daraum mögen die Arbeiter als erste Rechte auf ihre Kampfschäfte fordern: „Burgung der Arbeitszeit“ und dazu belttagen, daß ihr Körper widerstandsfähiger, ihre Erholung eine bessere, ihre Gesundheit eine stärkere werde. Wegen sie dazu belttagen, daß sich das Heer der Arbeitslosen vermindert, die Korrektions- und Strafanstalten sich leeren und die Krankenhäuser weniger befüllt werden. Wenn sie auf Verkürzung der eigenen Arbeitszeit und auf Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit dringen, dann werden sie mit Errichtung dieses Bieles ihres Ideals: „die Befreiung des arbeitenden und gleichmütigen Sohnes“ nicht mehr fern sein. Die Annahme des Vortrages war, wie auch die lange sich fortsetzende Diskussion beendete, eine allseitig begeisterte; nur hätten wir gewünscht, daß gerade die vielen hierzu uns leider noch fernliegenden Kollegen denselben mit angehört hätten. Wir hoffen ganz bestimmt, daß auch sie bald alle mit uns Hand in Hand gehen.

Krankenfasse.

Hamburg. Die hiesige Ratsstelle der Central-Krankenkasse der Männer zu „Grundstein zur Einigkeit“ hielt am Sonntag, den 4. November d. J., im Vorstele des Herrn Reuter, Spitalkirche 61, ihre Quartalsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Quartalsabrechnung, 2. Bericht vom Sanitätsverein, 3. Vortrag über Unfallversicherung, 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt verlos der Kassirer die Abrechnung. Dieselbe ergab eine Einnahme von M. 10.443,89, demgegenüber eine Ausgabe von M. 9.136,02 stand, wovon M. 2.000 der Haushalt eingestellt sind. Die Abrechnung der Frauen-Krankenkasse ergab eine Einnahme und Ausgabe von M. 206,06. Da gegen diese Abrechnungen niemand etwas einzuwenden hatte, war dieser Punkt erledigt. Zum zweiten Punkt berührte der Delegierte vom Sanitätsverein, daß die Delegiertenversammlung den Antrag auf Erhöhung des Arzthonors nicht begegneten ist, indem dieselbe den Antrag mit großer Mehrheit ablehnte. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag auf Anstellung eines zweiten Arztes für Hause und zwei zu großen Kosten. Neben den Anträgen des Sanitätsvereins betraf die Erhöhung der Beiträge für Familien nicht der Vorstand, sondern darauf anwies, daß die betreffenden Krankenkassen in ihren Versammlungen nochmals hierzu Stellung nehmen möchten, welchen Wunschen entspricht wird. Es räumt sich hierauf eine lebhafte Debatte, in welcher mehrere Redner ihre Ansichten ihr und gegen darüber, u. u. wurde auch der Wohlstand, welcher in Barmbek besteht, indem dort nur ein Platz angelegt ist, einer scharfen Kritik unterzogen, in welcher hauptsächlich betont wurde, daß es dem betreffenden Kretzt beim besten Willen nicht möglich wäre, einem jeden Mitglied gerecht zu werden. Diesen Nebenstande mißte dadurch abgehoben werden, daß man für die Zukunft in Barmbek zwei Plätze erarbeiten. Die finanziellen Bedenken seien bei einer etwaigen Erhöhung der Familienbeiträge weg. Es wurden hierauf drei Anträge gestellt und zwar von 20, 10 und 5 % Erhöhung pro Monat, von welchen der für Erhöhung von 10 %, unter vorheriger Abstimmung des Antrages von 20 %, angenommen wurde, sodass der monatliche Beitrag für Familien in Zukunft M. 21 betrachten würde. Sodann wurde von mehreren Rednern aus die Unfallversicherung, welche sich bei der jüngsten Sprechzeit der Kriege herausgestellt, hingewiesen und wurde u. u. hauptsächlich beront, daß es an arbeitsfähigem Kräften nach Feierabend nicht mehr möglich sei, den Arzt zu konstituieren und er dadurch gezwungen wäre, einen Teil seiner Arbeitszeit dafür zu opfern und das wäre doch unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Möglichkeit; damit müsse man unbedingt rechnen. Eine der Redner hob noch hervor, daß es ein großer Vortheil für arbeitsfähige Kräfte wäre, wenn es ihnen möglich gemacht würde, auch in ärztlicher „Weiterbehandlung“ außerhalb ihres Bezirks kleinen zu können, d. h. in dem Bezirk, in welchem sie ihre tägliche Beschäftigung haben. Ein anderer Redner hob hervor, daß alle diese Unfälle damit befehligt werden könnten, wenn wir freie Arztkanzleien hätten. Ein Antrag, welcher befagt, die Abendarbeitsstunden erst von 6 Uhr an beginnen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Diese Anträge wurden den Delegierten zur nächsten Generalversammlung überwiesen. Punkt 2 wurde wegen an schwachen Befürworten der Versammlung verlegt. Zu Punkt 4, „Berichtsbericht“, fragt ein Mitglied an, ob es möglich sein würde, nach dem außenliegenden Ausdruck der Berliner Zeitung die Kasse noch weiter befehligen zu lassen; er hörte starke Zweifel und mühten wir uns hier in Hamburg zur rechten Zeit vorzuhören. Nachdem ein anderer Redner die Meinung war, man solle erst abwarten, ob der Austritt der Berliner tatsächlich die Gründung der Kasse in Frage stellen würde, wurde von anderer Seite betont, daß es für die ganzen freien Hilfsstellen und Hilfsfassen Deutschlands für die Zukunft kein anderes Mittel gäbe, als sich zusammenzufüllen zu einer einzigen großen Kasse, indem es den einzelnen Fassen nicht mehr möglich sein würde, den gesetzlichen Bestimmungen gerecht werden zu können und sie über kurz oder lang ihr Weiterleben aufgeben müssen; auch gab Redner hervor, daß man unter einer allgemeinen Kasse über ganz Deutschland bestehend an den Betreuungsstellen haften könnte, indem sie die jüngsten vielen Hauptrichter vorstehen. Daraum sei es Hauptfache der Mitglieder, die Versammlungen beizutreten, damit sie sich besser über die internen Verhältnisse ihrer Kräfte orientieren und endlich dem minuten eigenmächtigen Vorgehen der Haupt- resp. Vorstände einen Damm entgegensetzen könnten. Nachdem die örtliche Verwaltung beantragt worden, die angekündigte Freigabe in Gewährung zu ziehen, machte der Vorstandsvorsitzende bekannt, daß das Heilserfahren für Lungenkrankte, welches von der Sanitätskasse Alters- und Invaliditäts-Versicherungsbehörde in's Leben gerufen wurde, auch denjenigen Hälfstellen unseres Kassier zu Gute kommt, welche innerhalb des Sanitätskassen-Sicherungsverbands liegen, wurden die Mitglieder, welche sich in die betreffende Behandlung begeben wollen, darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich beim Vorstand des Sanitätsvereins, Herrn Buisse, zu melden haben, welcher ihnen die nötige Instruktion ertheilen wird. Nachdem der Vorstandsvorsitzende den Mitgliedern über die Heilserfolge, welche bis jetzt erzielt sind, berichtet und eine rege Befragung der an den Lungensanitätsstellen befindlichen empfohlen, sollte zur Wahl von Extra-Kontrolloreien für das Winterhalbjahr geschriften werden, welche

jedoch des schwachen Vertrags wegen nicht vorgenommen werden konnte. Es wurde dann die örtliche Verwaltung beauftragt, die betreffenden Extrakontrolloren zu erkennen und würde dann, da niemand etwas vorzubringen hatte, die Besammlung gelassen.

Eingesandt.

Aus Goest.

Kollegen! Ich muß mich nochmals mit der Frage an Euch wenden, wie steht es eigentlich mit unseren Versammlungen? Am 23. September stellten wir unter erstes Sitzungsfest, da waren doch alle Kollegen erschienen. In den Versammlungen vor dem Fest konnte man sehen, daß die Kollegen recht einig waren. Aber alles ist wieder verschwunden, waren doch in der letzten Versammlung 12 Kollegen erschienen, da muß sich jeder von den Angeklagten sagen, daß ich Laugel ist. Ich denke doch, daß wir nicht nur da sind, um Fest zu feiern, sondern daß wir auch da sind, um unsere Lage zu verbessern und nicht, wie es uns am Ende des Festes ist, zu verschlechtern. Ich frage einen Kollegen, wo er denn am vorigen Sonntag gewesen sei, da kommt ich zur Antwort: Ich kann vor meinem liebigen Berndt einen Beitrag abgegeben, so bin ich Sängertor. Wenn heute der „Grundstein“ kommt, morgen wird er als Butterbrezelkopf bemüht, ohne gelesen zu sein. Kollegen, fass doch nochmals Euren Mund und sagt Euch am Sonntag: hente geht ich aber zu die Versammlung und dann kann es wieder gehen. Ich frage nicht, daß da kann doch in Gemeinschaft herhalten werden, wie es am besten zu machen ist, daß wir unsere Lage verbessern können. Ein jeder bringt sein Mitgliedsbuch und seine Statistik mit. Nochmals, seit einig und kommt alle, Mann ist Mann in die Versammlung.

W. C.

Aufruf an die Kollegen der Stadt Mülhausen i. E. und Umgebung.

Werte Kollegen!

Der Winter ist wieder vor der Thür, wiederum müssen Sünderte von unseren Kollegen sich darauf gefestzt machen, die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren, wiederum taucht für so Manchen das Gefühl des Hungers mit drogender Gefahr auf. Niemand braucht Familienvater nicht mit großer Sorge diesen Zeitpunkt herannahen, wo überdies dieser Sommer hier Arbeitslosigkeit herrscht, denn die Wirkungen des Bauchwindels hier in Mühlhausen wird wohl ein jeder von Euch am ehesten Seine gespürt haben. Wir brauchen, wohl nur die Augenblicke der Grübler Wölter und der Gedanke Meißberger anzuführen, die die Erfahrungen, die besonders die organisierten Kollegen in diesen Geschäften gemacht haben. Darum, Kollegen, wollt Ihr noch länger die Mühlhäuser befreidern, oder wollt Ihr die Beleidigung helfen? Wollt Ihr Leidet, dann schreift Euch unserer Organisation an, denn nur eine starke Organisation kann alle die Mühlhäuser befreien. Also befreijt diese Worte: Macie es so jeder zu Platz, unsere nächste Versammlung, welche am Sonntag, den 11. November, in der Wirthschaft von Staubmäuse, Frankfurterstrasse, stattfindet, zu besuchen, um dasselbe weiter zu erhalten, wie wir unsere Organisation kräftigen können, was absolut notwendig ist, um den Kampf mit unseren Gegnern aufzunehmen zu können an Wahrung unserer Interessen. Die Versammlung wird Punkt 2 Uhr eröffnet.

F. L.

Gericth-Chronik.

* Eine für weitere Kreise wichtige Entscheidung füllte die Strafanwalte des Landgerichts in Weimar. Am 18. August d. J. war unser Genosse, der Staatsanwalt M. Baudert, vom Strafgericht zu Apolda zu M. 10 Geldstrafe und den entsprechenden Kosten verurteilt, weil in zwei Fällen die Preiskommission die über 11 Uhr in seinem Vorstele getroffene habe, letztere Stellungnahme über mir als geschlossenen Gesellschaft angesehen hat. Dies war in den überigen acht Fällen schief, wo eine Preisprüfung erfolgte, da es sich um verschiedene Gewerke handelte. Baudert hatte gegen die beiden Verurteilungen, die Staatsanwaltschaft gegen die acht Preisprüfungen Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt erklärte in der Berufungsverhandlung, es sei Wunsch der Landespolizeibehörde gewesen, diese Fälle zur Entscheidung eines höheren Gerichtshofs zu bringen und er beantragte, den Angeklagten in allen zehn Fällen zu verurteilen, da nach den Alten der Bezirksdirektion der Angeklagte die Konzeption auf das ganze Jahr habe und möglicherweise das in Weimar kommende über immer ebenfalls eine Schanzkunde sei. Nach den Ausführungen des Angeklagten, welcher eine Preisprüfung in allen zehn Fällen beantragte, verhinderte nach langer Berufung der Gerichtshof das Urteil; der Angeklagte ist in allen zehn Fällen freigesprochen, nach dem § 365 des Strafgesetzbuchs und der Mindestarbeitsverfügung vom 12. Juli 1876 sei das Vertreten von Gütern in „öffentlichen Sachenbüchern“ über die Polizeistunde verboten, aber in allen zehn Fällen sei der betr. Schanzkunde der Charakter der Dienstleistung genommen, es könne auch nicht in Betracht, ob die betreffende Stube gegen Entgelte vernichtet sei oder nicht, oder ob betreffende Stube zu anderer Zeit als öffentliche Schanzkunde benutzt wurde. Im Ubrigen kommt dem Angeklagten in den zwei Fällen, wo er von dem Strafgericht verurteilt sei, noch befreit zu Gute, daß er selbst Mitglied dieser Preiskommission gewesen und er dieselbe in seinem Hause könne lagern lassen, wo und wann er wolle.

* Nach einem neuen Riechgerichtsentscheidung steht einem jeden Staatsbürger der § 198 des St. G. B. zur Seite, welcher in gutem Glauben bei der Behörde Unregelmäßigkeiten zur Anzeige bringt, wenn auch die Anzeige objektivlich hinterher als falsch erweist. Im Sommer 1890 war die Arbeitsaufsicht im St. Feuerwerkslaboratorium zu Spandau eine so groß, daß eine doppelte Arbeitsstufe eingeführt werden mußte. Eine jede Schicht dauerte 9 Stunden. Um nun aber die Arbeiter nicht an eine Arbeitsstufe zu festeln, wurde gestattet, daß an Stelle der 9 Stunden 10 zur Berechnung kommen durften. Der Zimmermann Schwil, welcher in dem Laboratorium im St. Feuerwerkslaboratorium zu Spandau eine doppelte Arbeitsstufe eingesetzt werden sollte, glaubte nun bemerk zu haben, daß das Aufsichtspersonal sich mehr Stunden ausschreibe als erlaubt war. Er brachte dies bei dem vorgelegten Ingenieur zur Anzeige. Die eingeführte Untersuchung verlief aber resolutlos und Sch. nahm auf vieler Bureaus die Anzeige zurück. Mer-

würdiger Weise ließ man die Sache auf sich beruhen und ging auch nicht gegen Sch. gerichtlich vor. Nicht lange darauf legte Sch. freimüig die Arbeit nieder. Im Sommer 1893 erfuhr Sch. daß der ebenfalls im Laboratorium thätige Arbeiter Höglitz in der Lage sei, die früher gerichteten Unregelmäßigkeiten zu begegnen. Sch. machte demgemäß am 8. Oktober 1893 eine Eingabe an das Direktorium des Feuerwerkslaboratoriums, in welcher er die in der früheren Anzeige behaupteten Missstände wiederholte und den H. als Beugen dafür benannte. Als er am 30. Oktober hierauf eine Antwort noch nicht erhalten hatte, beschwerte er sich beim Kriegsministerium. Daraufhin wurde auch eine Untersuchung eingeleitet, die aber wieder resolutlos verlief. Nunnehr wurde gegen Sch. Anzeige erstattet und der selbe vom Sch. gegen einen zu Spaniau wegen fälscher A. G. C. d. zu M. 200 Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte Sch. Berufung ein. In der erneuteten Verhandlung vor der Arbeitsstrafkammer des Landgerichts II Berlin machte der Verhandlungsrat der Angeklagten, Herr Reichsanwalt Böme, geltend, daß nach der Eingangs erwähnten Reichsgerichtsentscheidung seinen Mandanten unbedingt der § 198 des St. G. B. zur Seite stehen müsse, da er von der Wahrheit seiner Anzeige durchaus überzeugt gewesen sei; es müsse demnach die Freispruch des Angeklagten erfolgen. Nach einer längeren Beratung schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Verhandlungsrats an und erkannte auf Freispruch.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Zentral-Vorzeichenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Beuthstraße 2).

Die Nr. 40 vom 1. November hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Die Belegs- und Kreisstagswahl in Eisenhüttenstadt. — Was bietet die Sozialdemokratie dem Landarbeiter? — M. Beer, London: Christlich-sosiale Bestrebungen in England. — Parteidoktrinen. — Literarisches. — Bericht über die Verhandlungen des Frankfurter Parteitages. — Der Gewerbeverein christlicher Bergleute. — Gewerkschaftliches. — Arbeiterschule. — Wie man uns behandelt. — Todtenthe.

„Sozialpolitische Centralblatt.“ Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Bauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummer M. 0,40. Erschienen ist Nr. 5, 4. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. S. W. Diez' Verlag) ist jedoch das 6. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Und dem Inhalt haben wir hervor: Zur Selbstkritik des Sozialismus. — Die Statistik der Reichspolizeiverwaltung. Von Dr. Bleich. — Zur dritten Ausgabe von Dr. Engels' „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“. Von Dr. Bernheim. (Fort.) — Aus den Vereinigten Staaten. Von Dr. A. G. Sorge. (Schluß). — Notizen. (Fazit). — Anna Mengel. Eine Dienstmädchen-Geschichte. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

* Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevölkerung wiedergegeben. Bertrauen Sie Männer die Nr. 40, 4. Jahrgang, des „Durchschnittsblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Die Expedition des „Grundstein“.

Barby? Anonyme Einsendungen können nicht berücksichtigt werden.

Münster, 2. Wir erläutern, bei Einsendungen für unser Blatt das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben.

Neuruppin, 2. Ihre Frage lautet zu unbestimmt. Rufen Sie uns den näheren Sachverhalt mit.

Singen, 2. Wie oft sollen wir denn noch wiederholen, daß das zu Berichten dienende Papier nur auf einer Seite beschrieben werden darf?

Zentral-Verband der Männer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Sitz: Hamburg.

Beratung.

Die in den Bahnhöfen Ansbach, Dessau, Kostanz, Tondern und Freiburg i. Br. gewählten Verwaltungen beamen sind vom Vorstand bestätigt.

Mitglieder, welche innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrezeit dem Verband beigetreten sind und auf Grund des § 6 Abs. 2 des Statuts einer vom Vorstand ausgestellten Legitimationsurkunde zur Bezeichnung der Reiseunterführung wünschen, ihre Mitgliedsbücher nebst einem Ausweis, wann die Lehrezeit beendet, an den Vorstand einzuführen.

Der Ausweis kann, wenn ein Lehrbrief oder Arbeitsbuch nicht vorhanden, von dem Bevölkerungsbüro des Bahnhofs desjenigen Ortes ausgestellt werden, an dem das Mitglied aufgetreten ist, und muß außer dem Bevölkerungsbüro noch vor zwei Mitgliedern der Verwaltung unterschrieben sein.

Für besondere Beachtung für die örtlichen Verwaltungen und Auszubildende der Reiseunterführung.

Die Reiseunterführung, welche auch in diesem Jahre vom 1. November ab an reisende Mitglieder bezahlt wird, hat der Vorstand und Auszubildender auf 60 % festgesetzt.

Für die örtlichen Verwaltungen und Auszubildende der Reiseunterführung dient Folgendes zur Bezahlung:

1. Reiseunterführung können nur diejenigen Mitglieder in Empfang nehmen, welche

a) wenigstens bis zum Tage der Auszahlung ein Jahr lang Verbandsmitglied gewesen sind, oder

- b) sich im Besitz einer vom Vorstande auf Grund des § 6 des Statuts ausgestellten Legitimation befinden. Die Legitimation muss mit dem Vorstandstempel und der Unterschrift des Verbandsvorsitzenden versehen sein.
c) ihre Beiträge voll bezahlt haben;
d) einen Bermerk über ihre Abmeldung, im Mitgliedsbuch haben.
2. Die Reiseunterstützung ist persönlich in Empfang zu nehmen und zu quittieren. Laufende Beiträge müssen in Abzug gebracht werden.
3. Ein Theil der Unterstützung muss in Baar ausbezahlt werden, während es den Bahnhöfen überlassen bleibt, für den Rest Unterfunktion (Postgut) neu zu gewähren.
Die Bahnhofserverwaltungen, besonders die Kassen oder Auszahler der Unterstützung, werden ganz besonders erachtet, auf diese Bekanntmachung und das dem Statut angehängte Reiseunterstützungsgesetz genau zu achten, damit keine Unregelmäßigkeiten vorkommen.
Besonders wollen wir noch darauf aufmerksam machen, dass Mitglieder, welche Reiseunterstützung in Empfang nehmen, verpflichtet werden können, auf den von den Bahnhöfen für sich allein oder mit anderen Gewerben zusammen eingerichteten Herbergen zu logieren.

Im Nachstehenden geben wir eine Übersicht über die seit November 1893 bis heute verloren gemeldeten Mitgliedsbücher:
Buch-Nr. Name Buch-Nr. Name
32729 Ph. Dahn 32496 ff. Möller
39653 August Granheimer 19334 Carl Bartong
4125 G. Strohmann 32396 ff. Siegelmann
48758 Joseph Wunsch 37222 B. Dornbusch
5620 B. Schwerenz 31894 Heinrich Schmarje
177 Heinrich Niemann 32529 Joh. Vitz
23708 W. Dreher 42435 Carl Kraft
23847 A. Rottgärtt 42418 Aug. Christensen
4251 A. Brüggemann 19889 Wilhelm Petrich
32249 K. Olau 42185 H. Kortens
40759 Gustav Lauterich 44603 C. Wöhner
11229 Claus Springer 17886 G. Kirschhof
32212 Chr. Wittke 22213 A. Müller
31357 Gustav Schwabe 47970 G. Rams
32901 Robert Kalander 10645 ?
28242 K. Lünenthal 38942 ?
39845 August Wulke 47643 H. Henze
30146 Robert Rabe

Als ausgeschlossen sind gemeldet:

Buch-Nr.	Name
31200	Oskar Schachthofer
7406	Langnadel
9130	H. Vollendorf
9143	Wilh. Lehmann
47603	Edwald Noll
4664	Tullius Brauner
10981	August Witte
16420	Eduard Schramm
46177	H. Bauch
46157	M. Delning
1209.	G. Kräfft
8250	F. Fidemeyer
4322	H. Fic.

Diese Nummern sind seinesfalls je nach den hier eingegangenen meldungen als "verloren" vom Vorstand bekannt gegeben. Die heutige Veröffentlichung soll dazu dienen, dass die Bahnhofserverwaltungen einen leichten Hinweis erhalten, um etwaigen Missbrauch mit verlorenen Büchern entdecken zu können. Sollte irgendwo ein Buch mit den hier verzeichneten Originalnummern vorgezeigt werden, so ist dasselbe anzuhalten und an den Vorstand einzusenden.

Der Vorstand.

J. A. Th. Bömelburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 30. Oktober bis 6. November sind folgende Beiträge bei der Hauptpost eingegangen:

Von der örtlichen Verwaltung in:

Akt-Rahstedt M. 32.74, Stolp i. P. 18.80, Rosseu, Huerthälfte 50., Colberg 60., Schieckel a. d. O. 30., Österburg 18.51, Eughaben 137.50, Bergedorf 57.32, Hannover 100., Neustadt i. N. 45.18, Summa M. 550.07

Hamburg, den 6. November 1894.

J. Füster,
Neue Brennerstr. 19, 2. Et., Hamburg-St. Georg.

Anzeigen.

Zentral-Krankenasse der Männer,
Gipser (Weißbinder) und Stoffatene Deutschlands
„Grundstein zur Einigkeite.“

Eingeschriebene Höhlfasse Nr. 7. Siz: Altona.

On der Woche vom 28. Oktober bis 3. November sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Börger M. 200, Neuzelle 150, München 60, Minden 100, Schierstein 100, Alt-Drewitz 60, Edertshausen 60, Brodau 65, Altona 300, Ammenhausen 50, Frankensteine 100, Süsel-Wiebelbach 100, Sieboldshausen 100, Güstrow 70, Weßlar 30, Stammheim 40, Blomberg 50, Geestemünde 100, Erbslöh 60, Hamburg 400, Cöln a. Rh. 188.80, Summa M. 2383.60.

Höhlasse erhalten: Sühl i. P. M. 100, Neuumünster 60.

Altona, den 8. November 1894.

N. Reich, erster Hauptkassier,
Friedrichsstraße 28.

General-Versammlung

der
Maurer von Mülhausen i. G. und Umgegend
am Sonntag, den 11. November, Nachmittags präzise
2 Uhr, im Volks des Herrn Blümäler, Grünlinstr.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Zahlung der Beiträge.
3. Bericht aus dem Gewerkschaftsrat.
4. Vortrag des Kollegen Jäger aus Freiburg.
5. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Der Kollege J. Gessert wird erachtet, seinen Verpflichtungen gegen die Bahnhöfe Vielesfeld nachzukommen. Gleicherweise werden die Bahnhofserverwaltungsbeamten in den Bahnhöfen, wo sich Gessert aufhält, gebeten, mich davon zu benachrichtigen.

K. Hornack.

Bevollmächtigter der Bahnhöfe Vielesfeld,
Vielesfeldstraße 106.

Flensburg.

Das Gänseabspielen des Maurer-Sängerkorals findet am Sonnabend, den 10. November, auf der Maurerherberge statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

[M. 1.05]

Fachschriften

für die Baugewerbe
und alle anderen Berufe.
Kataloge gratis und franco.

Joh. Sassenbach.

Bücher-Versand und Verlag, Berlin 4.

Versammlungs-Anzeiger

für die Mitglieder
des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands etc.

Nachen, Sonntag, 12. November, 18. Uhr, bei Josef Schlegel, Reinbekstr. 109.

Ahrensburg, Jeden ersten Sonntag nach dem 1. im Monat.

Altensien, Jeden Mittwoch nach dem 1. im Monat.

Alostorf, Jeden Sonntag vor dem 1. im Monat.

Amtland, Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittag 5 Uhr, im Gasthaus zum Falken.

Barby, Jeden ersten Sonntag im Monat, Mittwoch 8 Uhr, zum Kronenbräu, Barmstedt.

Bartsch, Jeden zweiten Sonntag im Monat, 8 Uhr, zum Löwen, Barmstedt.

Bartelsdorf, 2. Oktober, 18. Uhr, bei Dr. W. H. Wittenberg.

Beddingen, Jeden ersten Sonntag im Monat, 8 Uhr, bei W. Wittenberg.

Blankenfelde, 2. Oktober, 18. Uhr, bei Dr. W. Wittenberg.

Borsigwalde, 1. November, 18. Uhr, zum Löwen, Borsigwalde.

Bülow, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat.

Colditz, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, bei W. Wittenberg.

Collenberg, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat.

Coswig, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, bei W. Wittenberg.

Dahlen, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, bei W. Wittenberg.

Dessau, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, bei W. Wittenberg.

Delitzsch, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat.

Dessau, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, bei W. Wittenberg.

Dessau, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat.

Dessau, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, bei W. Wittenberg.

Dessau, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat.

Dessau, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, bei W. Wittenberg.

Dessau, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat.

Dessau, Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat.